MEHR WAHRHEIT! Diese Wochenzeitung jeden Samstag im **ABO! SEITE 15**

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Grundrechte: Sportler für die Einhaltung der Menschenrechte in der Bundesrepublik. Das deutsche EM-Team. Sport mit Berthold, Seite 15 Foto: TASS.

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 55 ab Samstag, 17. Juli 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 55. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

HEUTE: KASSEL UND 180 ORTE STEHEN AUF! AM 1. AUGUST IN BERLIN FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

SCHLUSS MIT DER CORONA-SHOW

Raus ins Leben!

Die Demokratiebewegung ist die größte Erhebung in der deutschen Geschichte. Am 24. Juli in Kassel und am 1. August 2021 in Berlin wird der Durchbruch erwartet. Fast täglich Demonstrationen im ganzen Land.

Seit 28. März 2020 versammelt sich die Demokratiebewegung für ein Ende der Corona-Lügen, die Beendigung des verfassungswidrigen Ausnahmezustandes und eine ergebnisoffene Aushandlung unserer geteilten Zukunft. Dazu zählen eine Verfassungserneuerung von unten auf Basis des Grundgesetzes und eine Eindämmung der Parteien, die im Verbund mit Konzerninteressen und den Imperativen der US-Besatzer den Staat zu ihrer Beute gemacht haben. Und selbstverständlich die vollständige körperliche Selbstbestimmung jedes einzelnen Menschen.

Der Druck von der Straße gegen den Zivilisationsbruch unter dem Stichwort »Corona« wächst weiterhin. Sogar laut System-PR-Presse (*Tagesspiegel*) gab es allein von August 2020 bis Mai 2021 rund 2.700 Versammlungen der Demokratiebewegung.

Ohne jeden Zweifel muss konstatiert werden: Die Demokratiebewegung ist die größte, langanhaltendste und sich am meisten über das ganze Land, Ost und West, erstreckende demokratische Erhebung, die es jemals in der deutschen Geschichte gegeben hat. Sie wird von einer zweistelligen aktiven Millionenzahl im Land getragen und wird sich durchsetzen: Raus ins Leben, hier ist die Demokratie! Der Demonstrationskalender ist von Woche zu Woche sogar immer nur noch praller gefüllt.

- ➲ Demokalender der Verfassungsbewegung, Seite 6
- ➲ Michael Ballweg zum 1. August 2021, Seite 7
- ➲ Prof. Meyen zur Corona-Propaganda, Seite 11
- ➲ Biologe Markus Fiedler zum Impfdesaster, Seite 3

Der Wahrheitssucher *Journalist Ken Jebsen spricht im DW-Interview über seine Hintergründe und den Ausstieg aus den Fake-Welten der Regierungs- und Konzernpropaganda.*

➲ Panoramaseiten 12/13

Titelgestaltung: DW/Feuerstacke/Sandjaja/Lenz/Schramm. DW-Foto: Steve Schramm.

Entlarvt: Statistikamt führt in die Irre

Aufklärung der Corona-Zahlen des Bundesamtes ➲ Hendrik Sodenkamp, Seite 14

NICHTOHNEUNS.DE

Die Löwin aus Weiden

Der Preis der Republik geht an Silvia Loew

LAUDATIO | Von Jill Sandjaja



Als Corona zum allgegenwärtigen Thema wurde, erkannte Silvia Loew aus Weiden, dass ihre Gesundheit nicht in Gefahr ist — sehr wohl aber ihre Freiheit. Als der Weidener Bürgermeister Jens Meyer eine Demo gegen die Corona-Maßnahmen verhinderte, protestierte sie alleine in einer Fußgängerzone mit ihrem Plakat, auf dem »Gegen Jens-Meyer-Diktatur« stand.

Und nachdem der Bürgermeister von Neustadt an der Waldnaab, Sebastian Dippold, die Teilnehmer einer Querdenken-Demo in Weiden als »eine Bande von Nazis«, »Affen« und »Gesindel« verleumdete und es auch noch wagte, den Demonstranten eine Kiste voller Bananen hinzustellen, war die rote Linie für Silvia Loew überschritten. Sie organisierte nunmehr wöchentlich Kundgebungen und forderte den Rücktritt gleich mehrerer Bürgermeister in ihrer Umgebung.

Ganz ohne Maske demonstrierte sie auch in einer Fußgängerzone mit Maskenpflicht. Beim dritten Mal wurde sie inhaftiert und in der Justizvollzugsanstalt in Nürnberg nackt in einer Einzelzelle im Männertrakt eingesperrt. EU-USA-Bundesrepublik Rechtsstaat in den Jahren 2020/2021. Trotz dieser kriminellen Erniedrigung steht sie zum Grundgesetz und leistet weiterhin Widerstand. Sie hat unser aller Respekt verdient. Silvia Loew, eine würdige Löwin aus Weiden!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Silvia Loew. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya und Captain Future.

Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leserin!

Seit dem 28. März 2020 verteidigt die Demokratiebewegung das Grundgesetz. Seit dem 17. April 2020 erscheint diese Zeitung. Deren Ziel: Aufklärung!

Damit wir den Widerstand weiter ausbauen können, benötigen wir 1.000 neue Abonnenten. Willkommen, Sie sind in bester Gesellschaft – siehe Seite 15.

Mit demokratischem Gruß,

Sodenkamp Lenz

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!

UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!

BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Es geht alles vorüber, es geht alles vorbei …

EINWURF *von Werner Köhne*

Das Zitat im Titel ist von Lale Andersen. Doch wann ist etwas vorüber? Wenn das Pendel zur Ruhe kommt und alles wieder an seinen Platz rückt – wie einst?

Der englische Premierminister Johnson kündigt dieser Tage das Ende der *Lockdown*-Maßnahmen an – in der im britischen Naturalismus wurzelnden Überzeugung, dass, nachdem nahezu alle Engländer geimpft sind, die Gefahr der Pandemie gebannt sei und wir nun einigermaßen gesichert mit dem Virus leben sollten. Das mögen die deutschen Krypto-Krisenmanager – hier eher Metaphysiker als Naturalisten – überhaupt nicht, obwohl laut Meldungen 60 Prozent der Deutschen erst- und nahezu 40 Prozent zweitgeimpft seien. Es sollen ja viele sein. Als Zeuge ihrer hochgradigen Bedenkenkultur dient ihnen der wie vom Himmel nachgeschobene Deltavirus, der sich ausgerechnet in den Ländern mit den meisten Geimpften zu neuer Tat versammelt: in Israel, England, Russland. Und nun auch in Deutschland. Man fragt sich: Wie geht das zusammen? War alles nur Schmu? Welche Wahrheit spricht da zu uns?

ULI GELLERMANN
TAMARA GANJALYAN (HG.)
SCHWARZBUCH CORONA
Erster Band
Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Sodenkamp & Lenz

Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.): Schwarzbuch Corona – erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses. Mitarbeit: Gabriele Krüper.

Erscheint bei Sodenkamp & Lenz, Berlin 2021. Bestellungen u. a. auf demokratischerwiderstand.de

Hat sich Delta in die geimpften menschlichen »Wirte« verliebt und lehnt die Nichtgeimpften als nicht satisfaktionsfähig ab?

Warum aber dann sich noch impfen lassen – mein lieber Herr Gesangsverein? Oder ist das deutsche Panikorchester mehr darauf aus, die Dystopie am Leben zu halten – ohne jenes *Happy End*, das der Pumuckl aus London immerhin seinen Landsleuten in Aussicht stellt.

Bald alles ausgestanden? Oder wird etwa Delta eine dritte Impfung fordern, der Johnson dann zähneknirschend zustimmen muss? Die deutschen Politmetaphysiker aber fordern wohl dann Spritzen bis zum Abwinken, gestaltet als Sado-Maso-Lustbarkeit, bei der dem Dauerpatienten der Oberarm purpurn anschwillt. Wer sich impft, »der lebt, auch wenn er gestorben ist« – so wusste schon die Bibel. Am Ende sind wir glücklich totgestochen – der Sache zuliebe, der Wahrheit. Aber wer oder was ist die Sache und was die Wahrheit?

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

DAS IMPF-DESASTER

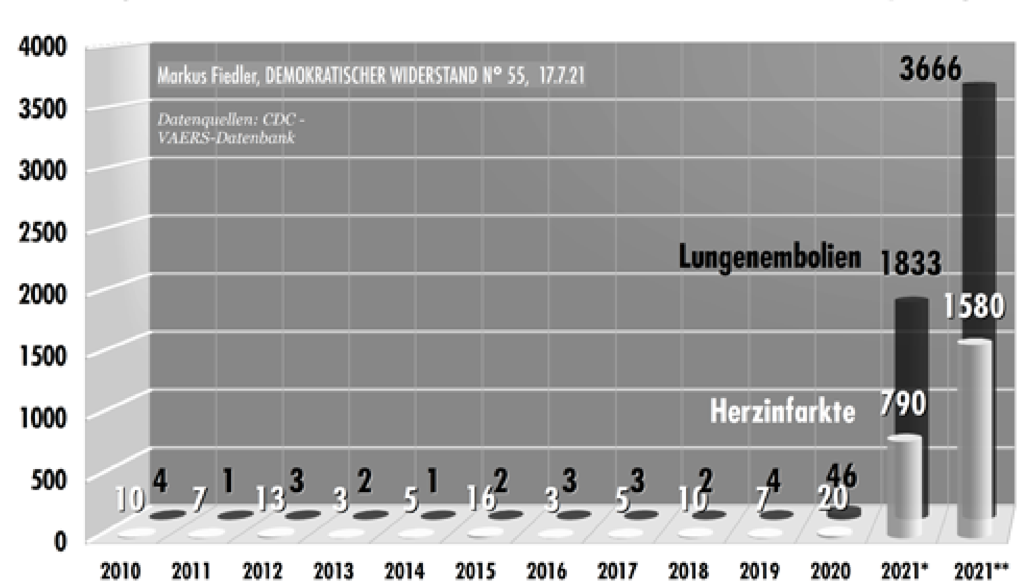
Nach mehreren Monaten der Beobachtung verdichten sich die Hinweise auf Nebenwirkungen zu einem düsteren Gesamtbild. | Von Markus Fiedler

Laut Europäischer Vorbeugungsbehörde ECDC und deren Statistik »Vaccine Tracker« (Impfmonitor) sind mit Stand vom 13. Juli 2021 bisher 394.416.423 Impfdosen verabreicht worden. Derzeit gibt es laut der EMA-Datenbank 696.816 Betroffene, die wegen Nebenwirkungen nach Corona-Impfungen an die europäische Arzneimittelagentur gemeldet wurden. Darunter sind 189.584 schwerwiegende Nebenwirkungen. 11.056 Todesfälle und 14.726 Patienten mit lebensbedrohlichen Zwischenfällen sind ebenfalls gemeldet. 14.074 erlitten dauerhafte Schäden nach Impfungen.

Diese Zahlen sind jedoch unvollständig. Bei der Totenbilanz dürfte ein um den Faktor 4,4 höhere Dunkelziffer (circa 48.600 Tote) deutlich näher an der Realität liegen, wenn man die zwischenzeitlichen Entdeckungen in der akkurat geführten Sterbestatistik vom *Center for Desease Control* (CDC) berücksichtigt. Lesen Sie dazu auch unseren Artikel in DW-Ausgabe 53.

Insgesamt verdichten sich die Daten rund um Impfungen mehr und mehr zu einem sehr düsteren Gesamtbild. Die Corona-Impfungen sind in Wirklichkeit Mogelpackungen. Was hier als »Impfungen« bezeichnet wird, sind genmanipulative Eingriffe in den menschlichen Körper. Nur aufgrund einer Gesetzesnovelle aus dem Jahr 2004 werden damit geimpfte Menschen nicht als genmanipulierte Organismen (GMO) eingestuft. Würde man beispielsweise einen Schimpansen mit einem Covid-19-Vakzin impfen, wäre er ein sogenannter GMO gemäß Gentechnik-Gesetz (vgl. GenTG §3, Punkt 3). Laut Gesetz ginge von diesem auch eine Gefahr aus, weswegen man zahlreiche Sicherheitsauflagen erfüllen müsste und ohne behördliche Genehmigung diesen Organismus nicht einmal freisetzen dürfte (vgl. GenTG §14).

Die nur vorläufig zugelassenen Corona-Genmanipulations-Pseudoimpfungen sind so ineffektiv, dass sie jetzt offiziell bei der medienwirksam inszenierten »Delta-Mutante« nicht mehr richtig wirken. Diese experimentellen »Impfungen« erzeugen im Vergleich zu den Vorjahren eine um Zehnerpotenzen höhere Schadensbilanz unter den Geimpften. Und die offiziellen Zahlen zeigen nicht annähernd das gesamte Bild. Selbst mit konservativen Schätzungen haben mindestens 30 Prozent aller Geimpften aus meinem Umfeld anzeigepflichtige Nebenwirkungen, sie glauben aber, dass beispielsweise hohes Fieber nach Impfungen »normal« sei, und melden das nicht. Ärzte sind in Sachen Corona-Impfung ebenfalls Meldemuffel. Hier im Umkreis von Oldenburg wurden Schulen vorsorglich für zwei Tage genau nach dem Impftermin für das Lehrerkollegium geschlossen.



Weiße Werte: *Herzinfarkte, Quelle: »MYOCARDIAL INFARCTION«, Kennziffer 10028596, gesamte USA, Sortierung nach Datum der Impfung.* ***Schwarze Werte:*** *Lungenembolien, Quelle: »PULMONARY EMBOLISM«, Kennziffer 10037377, Quelle: wonder.cdc.gov/vaers.html, Abruf am 13.07.21*
** erstes Halbjahr 2021, ** Hochrechnung auf das gesamte Jahr 2021.*

KEINE IMPFUNGEN, SONDERN GENMANIPULATIVE EINGRIFFE

Das Problem mit massiven Nebenwirkungen ist also bekannt und es handelt sich keineswegs um einen niedrigen einstelligen Prozentsatz. Demgegenüber sind laut dem CDC nur fünf Prozent der offiziellen Covid-Toten in den USA an Covid-19 gestorben, alle anderen hatten im Mittel vier weitere Todesursachen. Der CDC-VAERS-Datenbank sind weitere Auffälligkeiten zu entnehmen. Herzinfarkte, Lungenembolien und einige andere Krankheitsbilder sind in den USA im Vergleich zu den Vorjahren mit den Impfungen signifikant gestiegen, siehe Diagramm.

Etwa acht Herzinfarkte pro Jahr wurden im Zusammenhang mit Impfungen in den Jahren 2010 bis 2019 im Durchschnitt gemeldet. Alleine im ersten Halbjahr 2021 wurden in den USA 790 Herzinfarkte als Verdachtsfälle von Impfnebenwirkungen verzeichnet. Rechnet man das auf das gesamte Jahr hoch, so werden es etwa 1.580 Herzinfarkte in 2021 werden. Dieser Wert ist um den Faktor 200 höher als der Mittelwert der letzten Jahre. Hochgerechnet auf das Gesamtjahr 2021 werden etwa 3.666 Lungenembolien herauskommen. Dieser Wert ist 1.466 mal höher als das Mittel der Jahre 2010 bis 2019. Schöne neue Corona-Welt!


Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.

MELDUNG

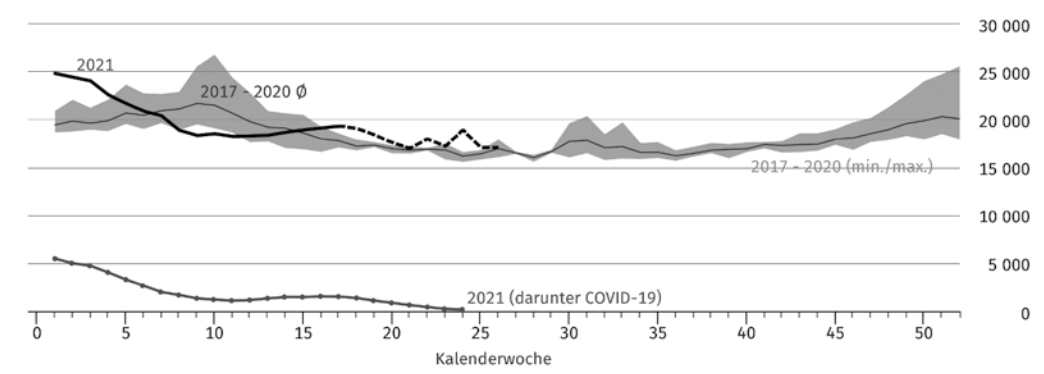
FORDERUNG NACH IMPF-APARTHEID

DW/Mainz. Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, Dr. Peter Heinz, forderte am 10. Juni ein Reiseverbot für Ungeimpfte und weitere verfassungswidrige Einschränkungen. Die Nicht-Geimpften hätten nicht die Freiheit, ihre Masken abzulegen, sie dürften nicht ins Schwimmbad, kein Stadion besuchen und nicht ohne Maske im Supermarkt einkaufen, gab er der *Rhein-Zeitung* zu Protokoll. Selbst ein negativer Test soll nach Ansicht der ärztlichen Autorität keine Änderungen für Ungeimpfte bewirken. (hes)

KRANKENHAUSHYGIENE GEGEN SPAHNS SCHMIERENSTÜCK

DW/Berlin. Die Gesellschaft für Krankenhaushygiene lehnt FFP2-Masken für den Gebrauch durch Laien ab. Dies stellte der Fachverband in einer Pressemitteilung vom 7. Juli 2021 fest. In dieser werden zudem Vorwürfe gegen den Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) formuliert. Dieser habe minderwertige und ungenügend zertifizierte Masken an Pflegeheime versandt, begleitet mit den Worten, er wolle sich bei den Arbeitern »für das große Engagement bedanken«, sie mit dem »Geschenk« unterstützen. Der Minister hatte im Jahr 2020 für mehrere Millionen Euro unbrauchbare Masken gekauft (DW berichtete). »Man muss leider annehmen, dass es auch dadurch zu verhütbaren Infektionen und möglicherweise daraus resultierenden Todesfällen gekommen ist«, so die Gesellschaft für Krankenhaushygiene. (hes)





WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Corona läuft aus — Klima läuft an?

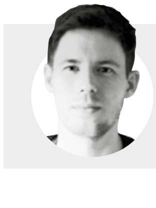
Weltweit sind Lockerungen der Corona-Maßnahmen zu beobachten, doch wäre es naiv anzunehmen, dass der Spuk der Repression einfach so vorübergeht. | Von Nicolas Riedl

Es steht zu befürchten, dass die Lockerungen nur das Anlaufnehmen für noch heftigere Repressionen darstellen. Nach der Repression ist vor der Repression. Dies lehrte uns die kurze Corona-Verschnaufpause im Sommer 2020. Nun folgen 2021 abermals Lockerungen in weiten Teilen der Welt. Teils gehen diese so weit, dass die Maßnahmen gänzlich aufgehoben werden. Doch lässt sich dem wackeligen Frieden trauen?

Die Brücken zu einer dauerhaften Rückkehr in die alte Normalität sind verbrannt. Die explodierende Geldmenge, die weltweite Verschuldung, die verschleppten Insolvenzen, die Kollektiv-Traumata – all dies verunmöglicht das zeitnahe Erreichen eines Zustands, als ob nie etwas gewesen wäre. Neue Repressionen müssen dem falschen Frieden auf dem Fuße folgen. Es stellt sich nicht die Frage *ob*, sondern in *welchem* Gewand neue Freiheitseinschränkungen folgen werden. Kommen sie in Gestalt härterer Restriktionen im Namen des Klimaschutzes? Keine abwegige Vermutung!

SIE WOLLEN DEN NÄCHSTEN »DARK WINTER«

Beim *World Business Council for Sustainable Development* — eine Lobbyorganisation mit rund 200 Vorständen namhafter Konzerne — wird bereits über Klima-*Lockdowns* nachgedacht. Die Grünen würden bei solchen



Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München.

Vorschlägen nicht lange fackeln mit der Umsetzung. Und das Zustandekommen einer pseudo-ökologischen Regierung ist angesichts der Skandal-Konsequenz-Resistenz einer Baerbock nach wie vor sehr wahrscheinlich. Oder aber werden die im kommenden Herbst zu erwartenden Impfschäden einer neuen Mutation zugeschrieben, die sich vorgeblich nur ausbreiten konnte, weil »unverbesserliche« Impfunwillige sich der »Freiheitsspritze« verweigerten?

So oder so ist man gut damit beraten, sich mental wieder auf einen dunklen, harten Herbst und Winter einzustellen und Strategien zu entwickeln, um diese möglichst unbeschadet zu überstehen.

PC-Rentner mit Virusmacke: *Bill Gates hat auch Wetterverbesserungsideen. Der Impfguru investierte in Kohlendioxidstaubsauger und finanzierte Sonnenverdunkelungspläne (siehe DW 37). Jetzt ist halt nur noch fraglich, ob das Ende der Welt bevorsteht. Oder ob die Dr. Nos, die die Probleme erst verursacht hatten, unsere Welt kaputtreten. Collage: Jill Sandjaja.*

WIDERSTAND UNTER WIDRIGSTEN UMSTÄNDEN

Stopp Airbase Ramstein fand nach einer Zwangspause 2020 trotz ungünstiger Wetterlage und schwieriger Startbedingungen statt. |Von Burak Erbasi

Während die Luft über der *Airbase* wie immer mit Kerosindunst gesättigt war — war es im Friedenscamp die Liebe, die in der Luft lag. Für die meisten war es das erste Wiedersehen auf einer größeren Veranstaltung, nachdem das Corona-Regime sie für viele Monate in ihrer Freiheit eingeschränkt und ihnen das soziale Miteinander verunmöglicht hatte.

Etwa 270 Aktivisten fanden sich im diesjährigen Friedenscamp von »Stopp Airbase Ramstein« in Steinwenden zusammen, um gemeinsam gegen den nahegelegenen Militärflugplatz der US-Airforce zu protestieren. Am Samstagnachmittag kamen noch circa 100 Protest-Fahrradfahrer, die die *Airbase* zuvor zweimal umrundet hatten, dazu, um gemeinsam mit den Campern bei der Gedenkstätte Ramstein an der Abschlusskundgebung teilzunehmen. Kontrastreicher hätte der Unterschied kaum sein können: auf der einen Seite das bunte Friedenscamp mit offenherzigen und lebensbejahenden Menschen, die sogar dreimal am Tag mit tierleidlosen veganen Mahlzeiten versorgt wurden. Auf der anderen Seite die *Airbase*, ein Ort der Vernichtung für Mensch und Natur, von dem aus der bestialische Drohnenkrieg der USA gesteuert wird. Es ist höchste Zeit, diese Einrichtung ein für alle Mal zu schließen.

Burak Erbasi ist Bauingenieur, Hobbykünstler – und fester Chef vom Dienst in der DW-Redaktion.



Eindrücke von den Stopp-Airbase-Ramstein-Protesten Zusammenstellung mit Fotos von Thomas Kahmann.

MELDUNG

SCHWEIZER STELLEN KRÄFTEVERHÄLTNIS KLAR

Bern/DW. Der Schweizer Verein Freunde der Verfassung konnte in nur 25 Tagen 187.000 Stimmen für ein zweites Referendum über das Covid-Gesetz sammeln. Dies berichteten unabhängig mehrere Zeitungen. Damit schafften sie es, mehr als dreimal so viele Stimmen zu sammeln wie die notwendigen 50.000 Unterschriften. Die *Neue Zürcher Zeitung NZZ* schlagzeilte am 12. Juli 2021 hierzu: »Mächtiger als alle Parteien und Verbände?« Von dem demokratischen Netzwerk könnten viele etablierte Parteien nur träumen. Die Freunde der Verfassung sind Teil der weltweiten Demokratiebewegung, die seit 28. März 2020 eine Neuverständigung auf Basis der Menschenrechte anstrebt. Die Abstimmung zum Covid-Gesetz soll im November 2021 stattfinden. (hes)

IMPFLICHT KEINE VERSCHWÖRUNGSTHEORIE MEHR

Berlin/DW. Laut internationalen Medienberichten führen immer mehr Länder eine Impfpflicht ein. So etwa Tadschikistan, der Vatikan und Turkmenistan. In Italien besteht bereits seit 1. Juni 2021 eine Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal. Die Folge: landesweite Proteste und eine Klagewelle. Griechenland, Frankreich und Großbritannien zogen inzwischen nach und verhängten ebenfalls eine Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal, in Griechenland auch für Wehrpflichtige. Der russische Präsident Putin stellte sich gegen derartige Zwangsmaßnahmen. Auf kommunaler Ebene hingegen soll auch in Russland eine Impfpflicht eingeführt werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte, dass es keine Impfpflicht in Deutschland geben werde. Gesundheitsminister Spahn spricht inzwischen nicht mehr nur von einem »Impfangebot«, sondern von einem »Impfgebot«. (nir)

DAS LETZTE ZUM SCHLUSS: DIE HERREN JENSEITS DER WELT

Baikonur/DW. Das Volk darf Multimilliardäre bei ihren Hobbys bewundern. Am 11. Juli 2021 flog der 70-jährige Richard Branson mit einer Rakete seines privaten Unternehmens ins Weltall. Dies meldeten alle Medien voller bewundernder Inbrunst. Die Technikfürsten Jeff Bezos (Amazon) und Elon Musk (Paypal und Tesla) wollen demzufolge schnell nachziehen. Dabei gehe es ihnen um neue, aufregende Urlaubstrips in die Schwerelosigkeit für Reiche, derweil die Erde ein trostloser Ort triumphalen Unheils geworden ist, eine Gegend, die man möglicherweise verlassen möchte. (hes)

TERROR-REGIME LEGT NUR KURZE PAUSE EIN



Ullrich Mies studierte Politik in Duisburg und Jamaica, arbeitete für die Arbeitsagentur und ist Bestsellerautor.

Die Perverslinge sind im Krieg. | Von Ullrich Mies

Es ist Sommerzeit und viele Menschen freuen sich, endlich wieder etwas Freiheit genießen zu »dürfen« — Freiheiten, die früher selbstverständlich waren. So übel sind die Herrschenden doch gar nicht! Sie meinen es gut mit uns! Frau Merkel hat alles richtig gemacht! Wer das glaubt, soll weiter träumen.

Das alte faschistoide Repressionsregime dürfte schon bald, spätestens ab dem Herbst, erneut zuschlagen. Nach der Delta-Mutation der Corona-Plandemie sind noch viele Buchstaben des griechischen Alphabets für weitere Mutanten frei und diese werden sie nutzen.

ERRICHTUNG DER GLOBALEN GOUVERNANTE

Was wir nach nunmehr 16 Monaten des Irrsinns wissen: Die Corona-Krise war und ist eine *Psyop-Mindcontrol-Counterinsurgency-Operation* der Superklasse gegen die Zivilgesellschaften. Sie schließt sich nahtlos an den »niemals endenden Krieg gegen den Terror« und die *False-Flag*-Terroranschläge in Europa an. Beziehungsweise komplettiert sie diese mit der Absicht, die Menschen in Angst und Schrecken zu halten. Die Corona-Nummer ist eine weitgehend erfolgreiche militärische *Shock-and-Awe-Operation*. Die Menschheit steht im Dritten Weltkrieg, der sich auf zwei Ebenen vollzieht:

1. der geopolitischen Ebene inklusive der Vorbereitung des ganz großen Krieges gegen Russland und China einschließlich von Stellvertreterkriegen, der Produktion von Chaos, *Failed States*, Bunten Revolutionen *et cetera*

und

2. als asymmetrischer Krieg gegen die Zivilgesellschaften der Welt mit dem Ziel der Disruption/Zersetzung/Zerrüttung. Das heißt, es geht um einen nicht-erklärten Krieg des *Global Deep State* gegen die Zivilgesellschaften. Die Corona-Krise dient hier lediglich als Blaupause für künftige Operationen.

Das finale Ziel ist die Errichtung einer Neuen Weltordnung auf der Grundlage eines diktatorischen Welt-Zentral-Regimes globaler *Governance*. Die Planungen der Corona-Nummer reichen bis Anfang der 2000er-Jahre zurück. Diese Tatsache wird unter anderem durch Untersuchungen des US-amerikanischen Forschers Dr. David Martin gestützt: In der 60. Sitzung der Stiftung Corona-Ausschuss berichtet Martin ausführlich darüber, dass sämtliche Patente im Zusammenhang mit Corona zwischen 2002 und 2019 angemeldet wurden. Eine maßgebliche Rolle spielen hierbei *Big Pharma* und die *Defense Advanced Research Projects Agency* (DARPA).

Kriegsoperationen werden mit dem Ziel durchgeführt, den Krieg zu gewinnen und nicht auf halber Strecke abzubrechen — zumal wenn die Operation bislang weitgehend erfolgreich verlief. Wer das verstanden hat, weiß, die aktuellen »Lockerungen« sind lediglich dazu da, in einzelnen Ländern etwas Druck aus dem Kessel zu lassen, wobei sie in anderen gleichzeitig den Druck wieder erhöhen.

»Das ist unser Land!«

24. Juli 2021: Demonstrationen in Kassel und 180 Städten weltweit koordiniert. | Von Hendrik Sodenkamp

Seit dem 28. März 2020 versammelt sich die Demokratiebewegung bundes- und weltweit auf den Straßen und Plätzen der Republik. Das verfassungsbrüchige und zunehmend kriminelle Corona-Regime soll beendigt werden. Die Forderungen sind von Anbeginn klar, vernünftig und durchführbar:

- Festhalten an den ersten 20 Artikeln unserer Verfassung
- ein Leben in Würde für die Alten & Kranken
- Beendigung des obrigkeitssaatlichen Terrors
- Beendigung des Notstands-Regimes
- Wahlen und umfassende Transparenz
- demokratische Regeln für unser zukünftiges Wirtschaftssystem

Doch anstatt Fehler und Niederlagen einzugestehen und eigene Pläne preiszugeben, gab die Regierung ihren Inlandstruppen den Befehl zum Angriff. Ein Impf- und Totenkult macht sich breit. Nichts weniger als eine Umgestaltung der Welt soll es sein. Und diese soll nach Gutsherrenart von oben herab und ohne Rücksicht auf Rechte und Verluste durchgezogen werden.

Doch die Demokratiebewegung bleibt standhaft und bestimmt, lässt sich nicht entmutigen, durch keine Schreckensbilder beirren. Das Ziel: Eine demokratische Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes. Dafür kommen am 24. Juli die Demokraten der Bundesrepublik in der Mitte Deutschlands, in Kassel, zusammen. Ausgerichtet wird die Machtdemonstration als weltweites Ereignis. Seite an Seite mit den Demokraten Frankreichs, Kanadas, Indiens, Chiles, Englands und drei Dutzend weiteren Nationen der Welt. Dabei zeigten die Briten den Deutschen nicht nur im Fußball, was eine Harke ist: In London brachte zuletzt die Demokratiebewegung mit Millionendemonstrationen den Gesundheitsminister Hancock zu Fall. Premier Johnson musste angesichts der revolutionären Situation sämtliche Maßnahmen zurücknehmen. Dies sehen die hiesigen Demokraten als sportlichen Ansporn: In Parteiarbeit Aufgelöste tauchen aus der Versenkung auf, Bildschirme werden ausgeschaltet oder gleich aus dem Fenster geworfen, ins Ausland Geflüchtete kehren zurück und rufen laut: »Das ist unser aller Land! Demokratisch, friedlich und frei! Unser Kampf führt zum Sieg. Und dieser Sieg der Demokratiebewegung wird umfassend sein!« Auf zum Sieg in der Etappe am 24. Juli. Dann auf zum Sieg in Berlin.



KINDERIMPFUNG OHNE EINVERSTÄNDNIS?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Am Sonntag, den 11. Juni 2021, führte die Stadt Passau im Impfzentrum eine Impfaktion für Kinder ab zwölf Jahren durch. Andere Städte planen ähnliche Kampagnen. Anstrengungen, die Massenimpfungen zu stoppen, blieben bisher juristisch erfolglos. Ein hiergegen gerichteter Eilantrag eines Passauer Schülers vor dem Verwaltungsgericht Regensburg wurde abgelehnt. Einer Anregung beim Passauer Familiengericht, auf Einleitung eines Verfahrens nach § 1666 BGB wegen Kindeswohlgefährdung, wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Die Impfung eines gemeinsamen Kindes mit einem experimentellen Impfstoff mit Notfallzulassung dürfte für viele Eltern eine weitreichende Entscheidung sein. Folglich entschied bereits lange vor der aktuellen »Pandemie« das OLG Koblenz (Beschl. v. 18.04.2018 – 9 UF 77/18), dass über die Durchführung von Impfungen eines Kindes in der Regel demjenigen Elternteil das Recht der Gesundheitsfürsorge allein zu übertragen sei, »der ... den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission ... folgt«. Dies hat das OLG Frankfurt am Main mit Beschluss vom 8. März 2021 auch für die »Corona-Impfung« bestätigt. Das OLG Frankfurt sprach das alleinige Sorgerecht in Fragen der Gesundheitsfürsorge dem Elternteil zu, der sein Kind impfen lassen wollte: »Die Kindesmutter möchte das Kind gemäß den Empfehlungen der STIKO impfen lassen, der Kindesvater ist damit nicht einverstanden.« Die Mutter obsiegte.

Rechtlich höchst fragwürdig und in die Bestimmungsrechte der Eltern eingreifend ist das Vorgehen der Stadt Passau insoweit, als für die Teilnahme an der Massenimpfung lediglich das Einverständnis eines Erziehungsberechtigten erforderlich war. Die elterliche Sorge steht verheirateten Eltern jedoch grundsätzlich gemeinsam, unverheirateten Eltern in den Fällen des § 1626a Abs. 1 BGB auch gemeinsam, im Übrigen nach § 1626a Abs. 3 BGB der Mutter allein zu. Fragen für weitreichende gesundheitliche Dispositionen sind damit regelmäßig gemeinsam zu treffen. Durch die Impfaktion der Stadt Passau wurde es ermöglicht, gegen den Willen des anderen Elternteils und gegen die Empfehlung der STIKO impfen zu lassen. Sogar ohne dass der andere Elternteil dies überhaupt mitbekam oder hiergegen hätte argumentieren können.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf nichtohneuns.de oder demokratischer-kalender.de!

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

Wir sind Deutschland

Kassel – Berlin | Von Anselm Lenz

Die weltweiten Demonstrationen gegen den Corona-Putsch und die damit verbundene Ausweitung totalitärer Kontrollen, Ausnahmezustände und Übergriffe auf die Menschen in vielen Ländern, längst nicht allen, finden wieder am 24. Juli in Kassel sowie 180 weiteren Städten weltweit statt. Mit dabei unter anderem die Rockband Oasis.

Aus London kommt am 1. August die Gründerin von *Save Our Rights UK* (Schützt unsere Grundrechte), Louise Creffield, auf die Bühne an der Straße des 17. Juni – voraussichtlich gemeinsam mit Eric Clapton und Hendrik Sodenkamp. Ob die Regierungs- und konzernabhängigen Medien wieder behaupten werden, es seien »17.000«? Wie im Jahr 2020, als sie ein bis zwei Zehnerpotenzen verschwiegen. Auf die Frage, warum die Regierungs-PR-Journalisten dies und anderes tun, gibt der Münchener Professor der Medienwissenschaft, Michael Meyen, in der vorliegenden DW-Ausgabe seine Einschätzung ab (Seite 11).

Verleumdung, Terror und Gewalt haben der Regierung nicht geholfen. Mittlerweile kehren deshalb die etwas Vernünftigeren und Intelligenteren in der politmedialen Kaste zu einem Versöhnungskurs zurück. So versucht die Politikprofessorin Ulrike Guérot mit einem Positionspapier zur »Corona-Versöhnung«, die Niederlage der politmedialen Kaste abzumildern, zumindest deren Sturz ins Bodenlose noch zu verhindern. – Kassel, Berlin, überall: Die Aussichten stehen gut, denn viele von der Regierung ins Ausland vertriebene oppositionelle Bundesbürger kommen eigens dafür zurück, um zu bleiben – und sich eine neue Verfassung auf Basis des Grundgesetzes zu geben: »Wir sind Deutschland«.

Hörstrecke »Wir sind Deutschland« aktuell auf *KenFM.de*

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

17.07.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz Am Sportplatz / Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
17.07.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
17.07.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
17.07.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Parkplatz Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte
17.07.2021 14-16 Uhr	Berlin, vor der Humboldt-Universität - Unter den Linden 6	Mahnwache der Studenten - Für die Freiheit der Lehre
17.07.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
17.07.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
17.07.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Frieden und Freiheit, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung
17.07.2021 15-17 Uhr (jeden Sa))	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
17.07.2021 12-17 Uhr	Wuppertal, P+R Parkplatz Wuppertal-Vohwinkel	Autokorso für Grundrechte
17.07.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
17.07.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
17.07.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
17.07.2021 16-19 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit
17.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Spaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
17.07.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	Berlin, Humboldt-Universität (Unter den Linden 6)	Mahnwache der Studenten für die Freiheit der Lehre
18.07.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
18.07.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
18.07.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
18.07.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Fahrradkorso für Grundrechte (bei Regen Autokorso)
18.07.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
19.07.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
19.07.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
19.07.2021 17-18 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Schilderaktion für Grundrechte
19.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
19.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
19.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr./Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
19.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
19.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz - 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
19.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
19.07.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
19.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
19.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte & Beendigung des Lockdowns
19.07.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang - Gemeinsam in Liebe gegen Spaltung
19.07.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
19.07.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
19.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
19.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
19.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
19.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
19.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Rathaus - Bernauer Str. / Geigelsteinstr.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
20.07.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
20.07.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
20.07.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
20.07.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
21.07.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
21.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
21.07.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
21.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
22.07.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
22.07.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
22.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Do)	Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus	Mahnwache
22.07.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
22.07.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
22.07.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
23.07.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
23.07.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
23.07.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
23.07.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
23.07.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Ort siehe Online	Autokorso Berlin Ost
24.07.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
24.07.2021 12-23:59 Uhr	Kassel, Ort folgt	World Wide Demonstration
24.07.2021 10 - 30.07.2021 18 Uhr	Stuttgart, Ort siehe Online	Bustour nach Berlin (8 Busse)
25.07.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
26.07.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
26.07.2021 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Die 4. Gewalt. Wie unabhängig ist Journalismus wirklich?
30.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Balingen, Marktplatz / Stadtkirche	Frühlingserwachen für Freiheit u. Demokratie
30.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
01.08.2021 10-15 Uhr	Berlin, Unter den Linden - Ecke Friedrichstraße	Aufzug für Frieden & Freiheit
01.08.2021 14-15:30 Uhr (jeden 1. So im Monat)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache für Julian Assange
01.08.2021 11:30-20:30 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo - Das Jahr der Freiheit und des Friedens
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo
11.09.2021 10-23:59 Uhr	Brüssel, wird noch bekanntgegeben	European Demonstration for Freedom and Democracy

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

»WIR WERDEN DEN AUSNAHME-ZUSTAND NIEMALS AKZEPTIEREN«

10 Uhr auf der und um die Friedrichstraße herum soll es beginnen: So laufen die Vorbereitungen zur Megademo am 1. August 2021 in Berlin. | Von Michael Ballweg

12 Teams arbeiten derzeit ehrenamtlich rund um die Uhr, um die Demonstration in Berlin vorzubereiten. Berliner Polizei: Kein Kooperationsgespräch unter dieser Nummer.

Obwohl die Versammlung bereits im Februar 2021 angezeigt wurde, liegt bis heute weder ein Versammlungsbescheid vor, noch hat die Polizei Berlin ein Kooperationsgespräch angeboten. Deshalb habe ich am 14.07.2021 einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht gestellt.

HOFFNUNGEN UND ABSICHTEN

Der 1. August 2021 wird historisch – wir haben viel mehr Möglichkeiten, als viele von uns glauben:

1. Wir werden weiter große Demonstrationen abhalten. Egal, wie repressiv und rechtswidrig die Staatsmacht uns gegenüber auftritt. Denn wir sind viele, wir sind friedlich und wir werden den Ausnahmezustand niemals akzeptieren. Wir sind Demokraten und eigenverantwortliche Menschen.

2. Wir werden über Volksbegehren und Volksentscheide in den Bundesländern die Gesetzgebung kontrollieren und maßgeblich an ihr mitwirken. Denn wir sind viele, wir sind friedlich und wir werden den Ausnahmezustand niemals akzeptieren. Wir sind Demokraten und eigenverantwortliche Menschen.

3. Wir werden nur politische Parteien unterstützen, deren wichtigstes Ziel ist, Volksentscheide und Volksbegehren auf Bundesebene einzuführen. Alle anderen Parteien sind undemokratisch und wollen sich der Kontrolle durch die Menschen, die sie (angeblich) repräsentieren, entziehen. Dieses Modell der zeitweisen Parteiendiktatur (die offenbar wieder im Sinne Carl Schmitts agiert) hat keine Zukunft. Denn wir sind viele, wir sind friedlich und wir werden den Ausnahmezustand niemals akzeptieren. Wir sind Demokraten und eigenverantwortliche Menschen.



Am 1. August 2020 versammelte sich die Demokratiebewegung laut Polizeiticker bereits am Vormittag mit »800.000 Demonstranten«. Später wurden es auf der Straße des 17. Juni noch mehr. Foto: evafoto



Kopf der Demokratiebewegung: Michael Ballweg, IT-Unternehmer, wurde zum Gründer der Querdenker.

Ich lade alle Menschen dazu ein, eigenverantwortlich an der Zukunft unserer Gesellschaft mitzuwirken. Wenn wir wirkliche Demokraten sind, halten wir in einer Frage zusammen: Alle staatliche Macht muss immer von den Menschen ausgehen, auf sie zurückzuführen sein, durch sie kontrolliert werden und im Notfall auch durch sie ausgeübt werden. Wer das nicht unterstützen will, ist kein Demokrat.

Legen wir diesen Maßstab an unsere Parteien und an unsere Leitmedien an, dann werden wir erschrocken feststellen, dass freiheitliches, demokratisches, humanes Denken und Handeln dort die Ausnahme ist.

Das Wunderbare: Wir alle zusammen können das ändern. Wir müssen es nur wollen. Für das Programm versprechen wir viele neue Gesichter, wir haben Gäste aus Israel und aus England.

Siehe *querdenken-711.de*

Wir sahen, dass wir viele waren

Der rasende Reporter Clark Kent sendet ein Zeichen der Stärke durch die Republik.

Der 1. August 2020 war ein geschichtsträchtiger Tag. Laut *Mainstream*-Medien trafen sich 17.000, Pardon, 20.000 (eine Woche später gemeldet) oder doch 30.000 Demonstranten (einen Monat später), um gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung zu demonstrieren.

Niemand hatte erwartet, dass 50.000 Menschen demonstrieren würden. Deshalb glaubte auch keiner, dass sich zunächst 100.000 zusammengefunden hatten. Die Stimmung unter den später 200.000 Menschen war grandios, sodass dann sogar 500.000 Menschen durch ganz Berlin zogen, bis schlussendlich 1,2 Millionen auf der Straße des 17. Juni die Schlusskundgebung erreichten.

Ganz nach dem Motto »Es kann nicht sein, was nicht sein darf« wurden sofort Nachrichten fabriziert, die mit der Veranstaltung nicht im Geringsten zu tun hatten. Auch die Polizei war sichtlich überrumpelt und beendete die Veranstaltung auf der Bühne, noch bevor sie beginnen konnte. Ich kann mich noch genau an die Momente erinnern, als die Polizei die Bühne stürmte, und daraufhin Captain Future, Spider-Man und Superman die komplette Straße entlang marschierten, während sie von der Menschenmenge abgefeiert wurden. Die drei Superhelden wollten die Welt verändern und die Polizei aufhalten, doch leider kamen sie nicht an den Querdenken-Ordnern vorbei. So nahm die Tragödie ihren Lauf: Ein Polizist trat ans Mikrofon, zögerte eine Zeit lang mit nachdenklicher Miene — was uns für einen kurzen Moment Hoffnungen machte — und verkündete das Ende der Veranstaltung. Die Pause soll taktischer Natur gewesen sein, um die Menschenmenge zu beruhigen. Danach kam es so, wie es immer wieder kommen sollte: Da die Polizei die Demonstranten nicht vertreiben konnte, kesselte sie diese ein und zermürbte und demotivierte sie. Bei der Sommerhitze des 1. August wurden aber keine Wasserwerfer eingesetzt – das macht die Polizei nur während einer Pandemie im Winter, wenn ein hochansteckender Virus die Runde macht, bei zapfigen Temperaturen.

Lasst uns aber positiv bleiben, während wir uns dem nächsten 1. August nähern. Die wenigsten hatten mit einer solch riesigen Anzahl an Demonstranten gerechnet. Umso schöner war das Gefühl des Triumphs für die Demokratiebewegung. Viele sahen klar und deutlich, dass wir viele waren, und fanden neue Hoffnung. Ein Zeichen der Stärke wurde in die Republik gesendet. Am 1. August 2021 haben wir erneut die Chance, Geschichte zu schreiben. Auf geht's!



»Wir können auch anders«

Oder: Die Freiheitssegler stechen bald in See. | Von Hannes Henkelmann

In Kiel traf ich Björn de Vil auf seinem Segelboot. Mit diesem wird er demnächst auf große Fahrt gehen. Wir sprachen über seine Talente als Widerständler, Magier, Moderator und Matrose.

DW: Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!
Björn de Vil: Ich bin 55 Jahre alt und glücklich liiert. Ich habe Bankkaufmann gelernt, dann Sport studiert und währenddessen als Zauberer und Jongleur gearbeitet. Später kam Stelzenlaufen in phantastischen Kostümen dazu. Mit einem Team von zehn Mitarbeitern hatte ich bis zum *Lockdown* weltweit Auftritte.

Sie haben es, wie ich gehört habe, zu einigen Meisterschaften gebracht?
Französischer Meister im Hocheinrad-Tanz, Europameister im *Devilstick*-Dauerdrehen und einmal englischer Meister im Diabolo-Hochwurf. Alles skurrile Wettbewerbe. Ach ja — ich war auch einmal mit einer spektakulären Nummer beim RTL-Supertalent dabei. Ich habe auf einer brennenden Leiter balancierend Saxophon gespielt. Mit brennendem Feuerwerkskörper auf dem Kopf und noch einem lebenden Skorpion in der Hosentasche. Kam sehr gut an!

An dieser Stelle kann ich allen ungläubigen Lesern versichern, Herr de Vil ist kein Schnacker, ich habe das Supertalent-Video gesehen. Sie haben auch den Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen in Kiel mit organisiert und mitunter ausgesprochen kreativ gegen die Maßnahmen gehalten. Stichwort: Durchsage!
Wir haben einmal einen minimalistischen Autokorso mit nur drei Fahrzeugen durchgeführt. Der Vorteil: Das galt als Versammlung. Wir wurden von der Polizei durch Kiel eskortiert und haben über Lautsprecher Folgendes durchgesagt: »Achtung, Achtung! Dies ist eine Durchsage. Wir weisen Sie darauf hin: Impfungen sind gefährlich. Bitte informieren Sie sich.« Daraufhin haben viele Leute bei der Polizeinotrufzentrale angerufen und gefragt: »Impfungen sind doch nicht so toll?« Sie haben es für bare Münze genommen. Die Aktion hat für Furore gesorgt. Die Polizei hat uns aber angewiesen, beim nächsten Mal den Text zu ändern in: »Achtung, Achtung, dies ist eine Durchsage besorgter Bürger.« So war das.



Björn de Vil mit seiner Lebenspartnerin auf dem gemeinsamen Segelboot. Foto: Hannes Henkelmann

Klasse Aktion. Kürzlich war ich Gast bei einer Versammlung der Partei Die Basis, die Sie moderiert haben. Es lief alles korrekt ab, war aber auch komisch und herrlich konspirativ. Und eine Achterbahnfahrt der Emotionen, die Sie aber souverän im Griff hatten. Kompliment!
Danke.

Sie moderierten mit einem gutem Gespür beziehungsweise einem fabelhaften *Timing*. Mangelte es an Ordnung, griffen Sie durch. Drohte die Stimmung in die Verzweiflung zu kippen, retteten Sie sie mit einem lockeren Spruch. Bierernst vorgetragen. Mit friesischer Lakonik à la Detlev Buck. Ist das Talent oder Training?
Beides! Schon in der Schule hatte ich, wenn ich aufgerufen wurde, nie eine Antwort parat, sondern habe immer erst spontan eine kreiert.

Wie geht's mit der Partei Die Basis weiter?
Nun, wenn die Mitgliederzahlen in Schleswig-Holstein weiter so exponentiell wachsen – wir benutzen die gleiche Formel wie das RKI – halten wir die nächste Landesversammlung wahrscheinlich im Ostseestadion ab. Also da, wo Holstein Kiel die Bayern aus dem Pokal geworfen hat.

Vermutlich werden Sie die Versammlung nicht mehr moderieren, da Sie bald mit Ihrer Partnerin als Freiheitssegler in See stechen werden. Erzählen Sie uns ein wenig über Ihr Vorhaben.
Meine Partnerin und ich haben im März die letzten Kröten zusammengekratzt, sind quasi *all-in* gegangen, und haben dieses Boot gekauft. Wir waren durch den *Lockdown* arbeitslos geworden und gehen davon aus, dass im Herbst die vierte, fünfte Welle kommt und der ganze Zirkus von vorne anfängt. Von daher zieht es uns in die Welt hinaus.

Gestatten Sie mir die Frage, wie Sie Ihr Abenteuer finanzieren wollen?
Wir haben einen *Youtube*-Kanal. Einfach Freiheitssegler eingeben, Kanal abonnieren und schon kann man an unseren Erlebnissen teilhaben. Zudem werde ich vor Ort natürlich als Zauberer und Jongleur arbeiten. Und wir können überall auf der Welt Mitfahrer aufnehmen, die gegen einen fairen Obolus ein paar Wochen mitsegeln dürfen. Einzige Voraussetzung: ungeimpft sein. Anfragen unter: *saria@freiheitssegler.de*

Briefe an die Redaktion

ANREGUNG

Ich möchte betonen, dass ich Ihre Zeitung sehr schätze und diese mir in dieser bleiernen Zeit jede Woche Kraft und Zuversicht für unsere gemeinsame Sache des Demokratischen Widerstandes gibt. (Beim) Interview Ihrer Kollegin Vicky Richter mit dem ehemaligen Zeitsoldaten John Feuerer (...) tauchen in diesem Interview Begriffe auf, die es verdient hätten, hinterfragt zu werden.
— Eberhard Eick, Bochum

FÜR DAS VATERLAND

Nur gemeinsam können wir siegen! Alles für das Vaterland!
— Ein treuer Leser

ENDE DES SPUKS

Ich habe die Ausgabe vom 29. Mai aus dem Müll aufgelesen. Ich habe mich über Ihre Initiative gefreut, denn ich habe schon lange gehofft, dass sich eine unabhängige »Revolution« bildet, um dem Spuk ein Ende zu bereiten.
— Dankmar B.

WEITEREMPFEHLUNGEN

Die letzte Ausgabe war wieder hervorragend. Ich empfehle Eure Zeitung immer weiter. Der Corona-Spuk muss jetzt endlich ein Ende haben!
— Manfred F.

ABSCHIEDSGRÜSSE

Da ich mich ins Ausland verziehen werde, kann ich Ihre Zeitung leider nicht mehr empfangen. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre informative und abwechslungsreiche Zeitung. Ich wünsche Ihnen noch viel Erfolg im Widerstand. Ich bin im Herzen bei Ihnen!
— Inga F.

VORFREUDE

Vielen Dank für Eure tollen Beiträge. Ich freue mich immer auf die neue Ausgabe am Samstag. Ich bin Christ. Vergesst Gott und Jesus nicht, sonst nimmt alles kein gutes Ende. »Der Weisheit Anfang ist Gottesfurcht und Gott erkennen ist Verstand.«
— Claudia M.

ABER

Ich habe selten so einen gehäuften Blödsinn gelesen. Glauben Sie das alles wirklich, was Sie veröffentlichen? Sicher gibt es in einer Demokratie verschiedene Meinungen und Vorstellungen, aber was Sie unter die Leute bringen, ist ja nur schwachsinnig und unwahr. Jeder darf denken, was er will, aber doch nicht die Leute mit so einem Unsinn bombardieren! Wie alle Querdenker, Corona- und Demokratieleugner in Deutschland, verschwinden Sie hoffentlich ganz schnell wieder! Ihre Zeitung ist Schund. Ich bin entsetzt über so viel Dummheit.
— Anita N.

Wir lesen alles! Leserbriefe an K.D.W. e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin.

DIE BESCHEUERTE AUTOBAHN GMBH

Baustellen ohne Ende: Eine neue Superbehörde soll Privatisierung und Digitalisierung voranbringen – und stiftet nur Chaos. | Von Hermann Ploppa

Was sich seit ungefähr einem Jahr auf unseren Autobahnen und Bundesstraßen abspielt, ist eine einzige Katastrophe. Jedem, der vor dem Kollaps des Schienenverkehrs auf die Straße flüchtet, steckt das in den Gliedern. So viele Unfälle. Auf die Rastplätze kommt man vielleicht noch rauf, aber vor lauter abgestellten LKWs nur mit Mühe und Not wieder runter. Und dann fährt man ein paar Kilometer und sieht schon wieder diese Dreieckschilder.

Darin das Piktogramm eines schaufelnden Straßenarbeiters. Baustelle! Diesmal leider 35 Kilometer lang — mit 60 km/h. Dann Rütteln und Schütteln auf einer dieser durch Schwertransporter abgerödelten Autobahnpisten. Doch nicht lange, denn das Männchen mit der Schaufel im Dreieckschild lässt nicht lange auf sich warten — wieder Baustelle! Will man uns nach dem Eisenbahnfahren jetzt auch noch das Autofahren vergraulen? Sollen wir wie in Lateinamerika auf Helikopter-Taxis umsteigen?

Die Antwort ist weitaus banaler. Unsere geliebte Bundesregierung will mal wieder alles zentralisieren und damit effizienter, kostengünstiger und unbürokratischer machen. Und wie immer kommt dabei gerade das glatte Gegenteil heraus. Zudem will man in Berlin die Fernstraßen privatisieren, bis der Arzt kommt. Da das aber nicht gut ankommt bei den Menschen draußen im Lande, muss man das sozusagen unter dem Ladentisch machen. Und bei dieser Heimlichtuerei kommt auch nur halbgarer Pfusch heraus. Doch wenden wir uns der Zentralisierung zu.

ZENTRALISMUS SOLL ABHILFE SCHAFFEN

Wir wissen alle, dass die Bundesregierung diesen lästigen Föderalismus lieber heute als morgen loswerden möchte. Schon im Jahre 2017 hatte es eine umfassende Reform gegeben, die den Ländern viele Zuständigkeiten gegen ein geringes Schmerzensgeld abgekauft und zum Bund verschoben hat. Es gab zwar ein gewisses Murren, da man sich aber die konkreten Folgen der Zentralisierung noch nicht so recht ausmalen wollte, ging dieser Bundes-Putsch glatt durch. Als im letzten Jahr Jens Spahn *de facto* zum Gesundheitsdiktator erhoben und die Länderchefs zu Befehlsempfängern herabgestuft wurden, konnten wir uns schon ein bisschen genauer vorstellen, was der neue Zentralismus nach französischem Vorbild mit uns macht. Doch kaum jemand hat bemerkt, dass seit Anfang dieses Jahres die Betreuung der deutschen Fernstraßen nicht mehr Ländersache ist. Das Geld für die 13.000 Fernstraßen-Kilometer gab schon immer der Bund. Für Hege und Pflege der Strecken waren allerdings bis vor Kurzem die einzelnen Bundesländer zuständig. Was man bemerken konnte, wenn man von den kuscheligen Flüsterasphaltstrecken in Brandenburg plötzlich auf die Schlaglochpisten in Mecklenburg-Vorpommern rüberhoppelte. Wäre ja schön für die Stoßdämpfer meines Autos, wenn die Strecken in Deutschland einheitlich gut gepflegt wären. Nun ist seit Jahresbeginn die neu gegründete Autobahn GmbH für die deutschen Fernstrecken zuständig. Also von der Theorie her alles wunderbar. Leider gibt es bei der Umwandlung einige gravierende Probleme. Erst mal mussten etwa 10.000 bisher bei den Ländern beschäftigte Mitarbeiter in die neue Zentralbehörde überführt werden.

Verkehrsminister Scheuer beschenkt Private mit Millionen - die Bürger bleiben indes auf maroden Straßen und Baustellen sitzen. Collage: Jill Sandjaja

Alle Unterlagen kommen zur neuen Superbehörde. 1.500 unterschiedliche Computersoftware-Systeme müssen zu einem System zusammengeführt werden. Für diese Herkulesaufgabe hatte sich Österreich zehn Jahre Zeit genommen. Doch die Bundesregierung hatte für diese Umwandlung gerade einmal drei Jahre eingeplant. Es hakte bereits, als die neue Autobahn GmbH die bereits seit 1991 bundesweit agierende Planungsgesellschaft Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) mit ihren 450 Mitarbeitern aufnehmen sollte. Der Bundesrechnungshof intervenierte, und nun muss die DEGES ihre restlichen Arbeiten erst einmal zu Ende bringen.

MANGELHAFTES MANAGEMENT

Und während Sie wieder mal auf einem Baustellen-Engpass kilometerweit angsterfüllt auf der linken Spur (zwei Meter breit!) neben einem polnischen Gigaliner herummäandrieren, wundern Sie sich vielleicht, dass auf der Baustelle noch immer keiner arbeitet. Das könnte womöglich daran liegen, dass die Baufirmen gerade streiken. Denn die Autobahn GmbH hat laut *Handelsblatt* etwa 20.000 Rechnungen im Wert von 650 Millionen Euro nicht an die ausführenden Firmen bezahlt. Ein eher misslungener Einstieg. Autobahn GmbH-Chef Stephan Krenz sieht das aber locker und pocht darauf, dass die neue Firma ja erst einmal in Gang kommen müsse.

Der Bundesrechnungshof sieht das weniger locker und kommt auf einen vollkommen überdimensionierten, pompösen Neujahrsempfang zu sprechen, mit dem sich der Vorstand der neuen Firma schon mal richtig ausgelassen selber feierte. Der Aufsichtsrat der neuen Firma blieb der Sause lieber fern und rügte die Geschäftsleitung. Zudem habe die neue Firma für externe Berater bereits 99 Millionen Euro zum Fenster rausgeschmissen, so die Rechnungsprüfer des Bundestags. Finanzieren soll die Autobahn GmbH ihre Arbeit durch die 7,2 Milliarden Euro Einnahmen aus der LKW-Maut — davon gehen aber schon 1,1 Milliarden Euro an die Mautbetreiber.

DAS VERSCHACHERN UNSERER AUTOBAHNEN GEHT WEITER

Die Zentralisierung beim Bund durch die Autobahn GmbH soll die Planung vereinfachen, wenn alles in einer Hand ist. Zudem soll es unter Bundesaufsicht schneller gehen mit dem Aufbau von Ladesäulen für Elektroautos und der Strukturen für das sogenannte autonome Fahren. Am liebsten hätte ja die Bundesregierung die Autobahnen einer konzerngesteuerten Aktiengesellschaft übergeben und damit das Ganze komplett privatisiert. Das ist am starken Widerstand weiter Kreise der Bevölkerung einstweilen gescheitert. Dennoch geht die Privatisierung unserer Verkehrswege munter weiter.

Da werden nämlich 13 Autobahnabschnitte in Öffentlich-Privater-Partnerschaft (ÖPP) betrieben. Konzerne bezahlen den Ausbau und die Wartung für 30 Jahre. Dafür bekommen sie die Mauteinnahmen ihres Abschnittes. Als Vorwand dient die Ausrede, der Bund müsse dringend Autobahnabschnitte reparieren, habe aber aufgrund der Schuldenbremse kein Geld dafür. Doch die Schuldenbremse gibt es seit »Corona« gar nicht mehr. Der Bundesrechnungshof moniert, dass die ÖPP-Strecken erheblich teurer kommen als die öffentlich betriebenen Abschnitte.

DER STEUERZAHLER WIRD ABGEZOCKT

Tatsächlich kommen die Privaten durch die Mauteinnahmen dennoch nicht auf ihre Kosten. Deshalb hat die Bundesregierung schon 220 Millionen Euro an die ÖPP-Betreiber heimlich nachgezahlt. Für wen und warum bleibt bis heute dem Steuerzahler verborgen. Allein nur um die sperrigen Verträge mit den privaten »Partnern« auszukaspern, hat der Bund 19,8 Millionen Euro für externe Rechtsanwaltskanzleien ausgegeben. Bei der Auftragsvergabe für privat betriebene Autobahnabschnitte kommen vornehmlich die großen Baukonzerne zum Zuge — mittelständische Betriebe bleiben dabei auf der Strecke.

Da verstehen wir auch besser, warum die CSU auf Teufel komm raus noch die PKW-Maut wollte. Eine Übergabe der öffentlichen Straßen an private Konzerne lässt sich nur finanzieren mit Mauteinnahmen. Und die LKW-Maut reicht da nicht aus. Das Scheitern der PKW-Maut kostete die Steuerzahler bislang 80 Millionen Euro. Die geprellten Maut-Betreiber fordern von der Bundesregierung 560 Millionen Euro Schadensersatz. Verkehrspolitik 2021: einfach nur bescheuert.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

GROSSHANDELSPREISE EXPLODIEREN

Berlin/DW. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, verzeichnen die Großhandelspreise den höchsten Zuwachs seit dem Jahr 1981. Während sich die Teuerungsrate der Verbraucherpreise in einem moderaten Rahmen hält, erreichte die Inflation der Großhandelspreise im Juni 2021 gegenüber dem Juni 2020 mit 10,7 Prozent ein besorgniserregendes Niveau. Die enormen Preissteigerungen betreffen vor allem Rohstoffe wie Rohöl und Rohholz. (ber)

KONZERNZEITUNGEN VOR DEM BANKROTT

Berlin/DW. Seit Jahrzehnten ist die Auflage von großen Tageszeitungen rückläufig und die klassischen Medienhäuser stecken in einer finanziellen Krise. Um die schwindenden Einnahmen der Zeitungen zu kompensieren, fordert das »Forum für Information und Demokratie« nun staatliche Hilfen für Print- und Internetmedien. In ihrem Bericht »A New Deal for Journalism« (ein neuer Vertrag für Journalismus) fordern die Autoren staatliche Förderprogramme, bei denen demokratische Staaten bis zu 0,1 Prozent ihres Bruttosozialprodukts pro Jahr zur Verfügung stellen sollen, um den Journalismus zu fördern. Gleichzeitig solle die unabhängige journalistische Arbeit gewahrt bleiben. (ber)

UNRUHEN IN KUBA

Havanna/DW. Laut Medienberichten kam es erstmals seit Jahren zu öffentlichen Protesten in Kuba. Laut *Amnesty International* wurden rund 100 Personen willkürlich festgenommen. Die Proteste mit Tausenden Teilnehmern richten sich laut Medien gegen die Mangelwirtschaft und die Unterdrückung durch die kommunistische Regierung. Staatschef Miguel Díaz-Canel macht hingegen die USA für die Unruhen im Land verantwortlich. Er wirft Washington vor, »eine Politik zur Erstickung der Wirtschaft« Kubas zu forcieren. Die USA unterziehen den Karibikstaat seit Jahrzehnten einer Blockade. Die Kubanische Revolution hatte 1961 US-Besatzung und das gefürchtete Batista-Regime beendet. Der inaugurierte US-Präsident Joseph Biden stellte sich zuletzt auf die Seite der Demonstranten und bekundete seine Unterstützung. (sts)

AKADEMIE FÜR QUALIFIZIERTE VERFASSUNGSDEMOKRATIE

Berlin/DW. Der Aufbau der DW-Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie (AquaVD) hat begonnen. Mail an *akademie@demokratischerwiderstand.de*

Ära der Internet-Kriege



PC-Rentnerfantasien: Vermeintliche Anonymous-Hacker vor ihren Kisten. Foto: pexels

Zunehmend werden echte Kriege im Internet ausgetragen.

Von Hermann Ploppa

Lange Zeit haben wir nicht so viel mitbekommen vom Cyberkrieg, der im Internet schon lange tobt. Und wenn dann im Iran Atomkraftwerke ausfallen, weil böse Buben in den USA die Steuerungssysteme mit dem Computerwurm Stuxnet durchbohren, dann ist das für uns weit weg. Doch jetzt merken auch wir einfache Bürger plötzlich, was Cyberkrieg in unserem Leben anrichten kann.

In Schweden waren 800 Filialen der Supermarktkette Coop plötzlich geschlossen, weil die Firmen-*Software* nicht mehr lief. Wer noch eben Zigaretten oder Milch holen wollte, stand auf dem Schlauch. Im Landkreis Bitterfeld mit seinen 157.217 Bürgern fiel die gesamte Verwaltung flach. Sozialhilfe, Wohngeld, Busfahrten – alles war plötzlich gelähmt, nur weil die offizielle *Software* nicht mehr lief. Im US-Bundesstaat North Carolina waren zwei Drittel aller Tankstellen dicht, weil die zentrale Benzin-*Pipeline* wegen *Software*-Problemen geschlossen werden musste. Das kann mittlerweile also richtig wehtun im Leben von uns einfachen Leuten.

All die betroffenen Unternehmen und Behörden benutzen eine *Software*, die von der Firma Kaseya eingerichtet und gewartet wird. Über das Internet können die Experten von Kaseya aus der Ferne Computersysteme reparieren. Nun gibt es allerdings Gauner, die die Schutzwälle der Kaseya-Kunden knacken und die *Software* blockieren. Die Hackergruppe REvil, die angeblich in Russland beheimatet sein soll, bekannte sich zu den genannten Übeltaten und fordert 70 Millionen Dollar in Kryptogeld, damit sie ihren sogenannten *Ransomware*-Angriff beenden und die Betriebssysteme wieder freischalten. Also ein klassischer Fall von Erpressung. Die Dunkelziffer ist in diesem Bereich recht hoch. Viele Firmen hängen es nicht an die große Glocke, wenn sie Opfer einer Erpressung geworden sind, und zahlen zähneknirschend das Lösegeld.

IM ZWEIFEL SEI DER RUSSE SCHULD

Schon im März dieses Jahres war der taiwanesische Computerhersteller Asus Opfer einer Erpressung. Wenn solche Erpressungen dennoch an die große Glocke gehängt werden, dann versuchen unsere Medien immer wieder, »die Russen« damit in Verbindung zu bringen. Angeblich seien von den Cyberattacken nie russische Unternehmen betroffen. Das reicht als Indizienurteil: »Die Russen waren es!«

Neben den gewöhnlichen kriminellen Cyberattacken tobt natürlich auch zwischen Geheimdiensten und Militärs ein ganz heißer Krieg. Wir kamen schon auf die Cyberattacken gegen den Iran zu sprechen. Es ist kein Geheimnis, dass israelische Geheimdienste immer wieder gerne den Lieblingsfeind Iran anschießen. Erst im April knallte es im System der iranischen Atomanlage Natans. Die Urananreicherung wurde um neun Monate zurückgeworfen. Und jetzt im Juli gab es einen Hackerangriff auf die iranische Eisenbahn. Die Anzeigetafeln lieferten Falschmeldungen über Zugverspätungen. Als Krisenhotline wurde die Telefonnummer des iranischen Ajatollahs Ali Khamenei angegeben. Und im Mai 2020 gab es einen Cyberangriff auf das Terminal der Hafenanlage Bandar Abbas.

Aber auch die einzige Supermacht USA ist vor Cyberangriffen nicht sicher. So knallte im Juni 2017 der Zerstörer »Fitzgerald« in der Straße von Malakka auf ein Frachtschiff. Und im August desselben Jahres kollidierte der Zerstörer »John McCain« sogar mit einem Tanker. Beide Male war die Steuerung auf Autopilot geschaltet und kein Soldat war auf der Kommandobrücke. Offensichtlich hatte eine andere Macht der Navy einen Denkzettel verpasst und die Steuerungsprogramme durcheinandergebracht. Daraufhin wurden alle US-Kriegsschiffe in aller Stille heimgeholt.

Und wieder einmal findet gerade jetzt zum Höhepunkt einer Krise rein zufällig eine Konferenz des Weltwirtschaftsforums (WEF) statt, die sich genau mit den Gefahren der Cyberattacken befasst. Am 9. und 10. Juli tagte nämlich zum dritten Mal »Cyber Polygon«. Und zwar wurde diese Tagung von der russischen Sberbank ausgerichtet. In zahlreichen Planspielen wurden mögliche Cyberattacken durchexerziert. WEF-*Mastermind* Klaus Schwab orakelte bei diesem Anlass, Corona sei »nur eine kleine Störung« verglichen mit dem, was im Zusammenhang mit dem Cyberkrieg auf uns zukommen werde.

Wir werden sehen, ob es sich hier um eine sich selbst erfüllende Prophezeiung handelt.

Zu krank zum Arbeiten – und trotzdem keine Rente

Fast die Hälfte aller Anträge auf Erwerbsminderungsrente wird abgelehnt.

Von Hermann Ploppa

Die Bundestagsabgeordnete der Linken Sabine Zimmermann hat in einer parlamentarischen Anfrage an die Bundesregierung ermittelt, wie wenig Anträge auf Erwerbsminderungsrente im Jahre 2020 tatsächlich positiv beschieden wurden.

42,2 Prozent aller Anträge auf Erwerbsminderungsrente wurden nämlich abgelehnt. Betroffen waren 154.000 Beschäftigte, die so stark in ihrer Arbeitskraft beeinträchtigt waren, dass sie vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden möchten. Die Gründe sind vielfältig. Eine immer größere Rolle spielen psychische Probleme, die für 45,4 Prozent der Antragsteller eine weitere Arbeit unmöglich machten. 15,5 Prozent der Antragsteller sind an Krebs erkrankt. Und 15,3 Prozent haben massive Probleme mit ihrem Bewegungsapparat. Soll heißen: Behinderungen an Armen oder Beinen. Bei zehn Prozent der Ablehnungen warfen die zuständigen Instanzen den Antragstellern mangelhafte Mitwirkung vor.

Den weitaus meisten abgelehnten Rentenaspiranten wurde bescheinigt, sie seien nicht krank oder behindert genug. Sie könnten entweder in vollem Maße weiterarbeiten oder zumindest stundenweise. Die Antragsteller kommen mit einem Befund ihres Hausarztes oder Facharztes zu dem sogenannten Vertrauensarzt, dem dann die Entscheidung zufällt, ob die Angaben der anderen Ärzte stimmen oder nicht. Dabei wird immer wieder die Klage laut, dass der Vertrauensarzt die Atteste des Hausarztes nicht ausreichend zur Kenntnis nehme. Also wurden letztes Jahr 70.500 Widersprüche gegen die Ablehnungsbescheide eingereicht, von denen lediglich 641 Erfolg hatten.

»Berichterstattung wird passend gemacht für die Politkaste«

Wird die politmediale Kaste am 1. August 2021 wieder die Zahlen fälschen?* DW-INTERVIEW *mit Professor Michael Meyen, Medienforscher.

Wie ist es möglich, Professor Meyen, dass Medien die Zahl von »17.000«, später »20.000« am 1. August 2020 übernahmen, obwohl jeder, der nur in der Nähe war, weiß, dass mindestens eine Stelle in der Zahl fehlen muss, diese also zumindest in die Hunderttausende ging, wahrscheinlich sogar weit über eine Million?

Punkt eins ist die Quellenabhängigkeit. Medienangebote müssen gefüllt werden – und zwar schnell. Viele Journalisten übernehmen folglich einfach die Mitteilungen offizieller Stellen. Dazu kommt, Punkt zwei, eine Quellengläubigkeit. Wenn Zahlen von der Pressestelle der Polizei kommen, gelten sie als gesetzt. Für Journalisten ist es im Arbeitsalltag oft schwierig, Quellen zu hinterfragen. Das liegt auch daran, dass schon die Herkunft vieler Journalisten eine Nähe zu den Menschen produziert, die solche Quellen herstellen. Das erschwert es, ein gesundes Misstrauen zu entwickeln. Die Journalisten sehen die Welt so ähnlich wie die Entscheider. Da ist die Neigung nicht sehr ausgeprägt, offizielle Verlautbarungen für Falschmeldungen zu halten.

In Großbritannien berichtet die *BBC* inzwischen gar nicht mehr von den Demonstrationen mit teils Millionenbeteiligung, die direkt vor ihrer Senderzentrale stattfinden. Wie kommen die System-PR-Leute überhaupt aus dem Gebäude?

Wahrscheinlich nur noch durch die Hintertür, um die Wirklichkeit auszublenden. Die Frage hinter Ihrer Frage ist also: Warum finden wir in den traditionellen Medien so wenig von der Wirklichkeit, die alle wahrnehmen können? Wir stellen seit Jahren fest, dass die Wirklichkeit in den traditionellen Medien um jene Teile beschnitten wird, die nicht in das Weltbild der Medienmacher passen. Mein Kollege Uwe Krüger, Medienforscher der Universität Leipzig, hat dafür den Begriff »Verantwortungsverschwörung« geprägt. Journalisten glauben, dass sie Einfluss auf die Menschen haben. Also wird die Wirklichkeit um die Teile reduziert, die nicht zur Haltung passen, und das betont, was dem gewünschten Ziel zu helfen scheint.

***Spin Doctors* statt Berichterstattung und Kritik?**

Marcus Klöckner sagt: Weltbildjournalismus. Das eigene Weltbild wird zum Maßstab für das, was sein darf. Wir haben mittlerweile einen ganz neuen Wahrheitsbegriff. Es geht nicht mehr darum, möglichst nah an die Wirklichkeit heranzukommen. Wahr ist, was »gut« und »richtig« ist. Es soll das wahr werden, was bestimmten Milieus nützt.



Michael Meyen ist seit 2002 Professor für Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Welche Milieus sind das?

In den Redaktionen dominiert ein bürgerlich-akademisches Großstadtmilieu, das schon deshalb eine Art Schutzmantel um Politiker und Wirtschaftsführer legt, weil es die bewundert, die es noch weiter nach oben geschafft haben. Arbeiterkinder sind die absolute Ausnahme. Man muss sich heute leisten können, Journalist zu sein. Es dauert ein paar Jahre, bis man vom Schreiben oder Filmen leben kann. Die Praktika werden schlecht oder gar nicht bezahlt. Man braucht also ein Elternhaus mit Geld oder wenigstens mit Kontakten. Die Angst vor dem sozialen Absturz erzeugt Konformität. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeiten viele fest-frei. Das ist oft gut bezahlt, bietet aber keinerlei Sicherheit. Es kann jeden Moment vorbei sein. In den großen Presseverlagen werden seit Jahren Stellen abgebaut. Allein die *Süddeutsche Zeitung* baute im vierten Quartal 2020 gut 50 Stellen ab. Auch das führt zu Anpassung.

In Ihrem Werk schildern Sie, wie Sie als Medienprofessor versuchen, trotzdem freie Wissenschaft zu betreiben. Wie gelingt Ihnen dies?

Indem ich auf bestimmte Belohnungen verzichte, die das Wissenschaftssystem bietet. In meiner Disziplin geht es um Publikationen in US-Zeitschriften. Das mache ich seit ein paar Jahren nicht mehr, weil in den *Reviews* immer wieder Dinge angezweifelt wurden, die offensichtlich sind. Das Interesse jeder Regierung zum Beispiel, das zu kontrollieren, was über sie in der Öffentlichkeit gesagt wird. Ohne solche Publikationen ist es schwer, Drittmittel vom Staat oder aus der Wirtschaft einzuwerben. Auf der anderen Seite gewinne ich neue Möglichkeiten. Dazu zähle ich auch, dass wir jetzt dieses Gespräch für die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand haben. Solche Möglichkeiten sind mindestens genauso viel wert.

Ihr Wort in Gottes Ohr! Haben Sie mit persönlichen Repressalien zu kämpfen?

Als Professor in Deutschland ist man verbeamtet. Man bekommt ein Gehalt und eine Grundausstattung für die Forschung. Man muss sich die Freiheit dann natürlich auch nehmen und aushalten, dass es Kritik oder Nichtachtung im Kollegenkreis gibt. Ich werde weniger eingeladen und habe Kontakte verloren. Das sind aber keine Repressalien. Ich finde eher erstaunlich, dass viele Professoren erst den Mund aufmachen, wenn sie im Ruhestand sind.

Zuletzt übernahmen etwa das Blatt *Bild* oder *Die Welt* viele Monate später die Ergebnisse aus den Berichten in unserer Zeitung. Nachweislich zum Beispiel zur Intensivbettenlüge. Kommt Bewegung in den Medienhauptstrom?

Wir haben in der Medienforschung dafür ein Konzept: *Indexing*. Die Forschung zu diesem Konzept sagt: Journalisten berichten immer dann, wenn bestimmte Ansichten in der offiziellen politischen Debatte vorkommen, etwa im Parlament. Was Washington – Brüssel, Berlin – nicht diskutieren, erscheint nicht in den Medien, und was Politik oder Wirtschaft nicht vorkauen, kann der Journalismus nicht verdauen. Wenn jetzt etwas verspätet im *Mainstream* erscheint, dann deutet das darauf hin, dass es Richtungskämpfe im politischen Zentrum gibt. Die Leitmedien haben legitime Sprecher, die sie zitieren können.

Warum tun linke Parteien nichts für die Leute, die unter den Maßnahmen leiden?

Das *Establishment* dieser Parteien ist abgerückt von ländlichen und nichtakademischen Menschen. Der Funktionärskern der linken Parteien, also SPD, Grüne und Linkspartei, scheint mit dem Staat verheiratet zu sein – und verteidigt bezahlte Positionen, im Zweifel offenbar auch zum Nachteil der eigenen Partei bei Wahlen. Man kann das bei Sahra Wagenknecht wunderbar nachlesen. Ich glaube, es ist kein Zufall, dass sich ausgerechnet Hubert Aiwanger gegen die offizielle Corona- und Impfpolitik gestellt hat. Seine Freien Wähler sind die kleinste Partei im Staatsbetrieb.

Professor Meyen, wir danken für das Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Im Juli 2021 erscheint von Michael Meyen »Die Propaganda-Matrix« im Rubikon-Verlag, München.

MELDUNG

YOUTUBE MUSS 100.000 EURO STRAFE ZAHLEN

Dresden/DW. Das Oberlandesgericht Dresden hat gegen die Videoplattform *Youtube* ein Ordnungsgeld in Höhe von 100.000 Euro verhängt. Journalist und Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel klagte im Vorfeld gegen den Internetriesen wegen eines gelöschten Videos auf dem Kanal seines Mandanten. *Youtube* hatte das 25-minütige Video aufgrund einer fünfsekündigen Aussage eines Demonstranten der Demokratiebewegung zum Thema Covid-19 gelöscht. Die Plattform hatte sich wochenlang geweigert, dem richterlichen Beschluss Folge zu leisten und das besagte Video wieder hochzuladen. »Das kategorische Verbot, eine medizinische These zu vertreten, die nicht von der WHO gebilligt wurde, ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit, gegen die Meinungsfreiheit und gegen die Pressefreiheit«, heißt es auf der Seite des Hamburger Anwalts Joachim Steinhöfel.

Das Gericht verurteilte das Vorgehen des *Google-Youtube*-Konzerns: »Vor dem Hintergrund ist in der Zuwiderhandlung ein vorsätzlicher und auch schwerer Verstoß seitens der Verfügungsbeklagten gegen die Unterlassungsverfügung zu sehen, der – auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Verfügungsbeklagten – die Verhängung eines deutlich höheren Ordnungsgeldes als vom Landgericht angenommen rechtfertigt.« (Steve Schramm)

ZENTRALSTEUERUNG DER MEDIEN SCHREITET VORAN

Silicon Valley/DW. Die Internetmonopolisten *Google* und *Facebook* schließen mit immer mehr deutschen Konzernmedien Verträge ab. Die Tech-Firmen bezahlen von nun an dafür, die Inhalte der Verlage auf ihren Plattformen verbreiten zu dürfen. Der Kulturwissenschaftler Michael Seemann äußerte sich hierzu gegenüber dem Telefonportal *t-online* kritisch: »Auf der einen Seite verteilen sie ein bisschen Geld, um die Presse ruhigzustellen. Gleichzeitig schaffen sie ein neues Abhängigkeitsverhältnis, das sich langfristig noch besser ausbeuten lässt.« Dies könne so weit gehen, dass die Internetkonzerne die Medien zunehmend legal erpressen, je wichtiger diese Plattformen als Anlaufstelle für Information werden. Außerdem werden konzernunabhängige Zeitungen und Verlage in die Unsichtbarkeit gedrängt, so Seemann. (hes)

DAS LETZTE ZUM SCHLUSS: LEIDET LÜGENPRESSE AN AMNESIE?

Berlin/DW. Um Corona zu beurteilen, will das RKI neuerdings den Fokus auf Hospitalisierungen legen statt auf Inzidenz. Neu? Die Maßnahmen wurden im März 20 mit drohender Überlastung gerechtfertigt. Scheint bei den Leitmedien in Vergessenheit geraten. Sie berichten, als sei das ursprüngliche Kriterium tatsächlich neu. (cko)

»DER ARSCH MUSS D AUF GRUNDEIS G

Über Zensur, den Propagandakrieg und die Kunst.

DW: Hat sich Henryk M. Broder schon bei Ihnen entschuldigt?
Jebsen: Ich habe Henryk M. Broder neulich getroffen. Er hat es nicht bemerkt. Ich saß etwa anderthalb Stunden hinter ihm in einem Café in Salzburg. Er war geizig mit dem Trinkgeld, hat keines gegeben. Ich fragte mich: Geh ich mal hin oder lasse ich es bleiben?

Und – wie fiel Ihre Entscheidung aus?
Ich ließ es bleiben. Er ist ein alter Mann. Er muss sich nicht entschuldigen, er gehört ja zu denen, die von Provokation leben. Das haben wir gemeinsam. Ich glaube, er hätte auch gar nicht den Schneid, sich zu entschuldigen. Nicht so wichtig, denn mal im Ernst: Wer ist Henryk M. Broder?

Der Journalist, der vor rund zehn Jahren dafür sorgte, dass Sie aus dem *Rundfunk Berlin-Brandenburg* geworfen wurden, Ihnen aber heute im Grunde Recht gibt.
Gut, ich könnte heute behaupten, dass ich damals Broder Geld dafür gegeben hätte, damit er möglichst viel Aufsehen erregt. Der kontroverse Filmregisseur Quentin Tarantino würde die Story vielleicht so erzählen.

Was war *KenFm* zu jener Zeit?
Eine Radiosendung, eine Mischung aus *Good Morning, Vietnam* und Sendung mit der Maus. Sie lief seit 2001. Bei mir haben Livebands im Wortprogramm gespielt. Zwei Stunden Rachmaninow am Klavier hatten wir auch. Ich sagte nach einiger Zeit, ich werde maximal 600 Sendungen machen. Bei der 299. Sendung dachte ich an Thomas Gottschalk. Der hätte bei der Sendung *Wetten dass…?* früher aufhören sollen. Deshalb hatte ich begonnen, ab 299 wieder rückwärts zu zählen. Und bei 545 hat der *RBB* dann beschlossen, mich abzuschalten.

Alle haben darüber gesprochen.
Richtig, hätten sie die Sendung nicht *gecancelt*, hätte es zur 600. Sendung vielleicht gar nicht diese Welle gegeben. Dank Broder haben es alle mitbekommen.

Weshalb das Theater?
Ich dachte mir eben, so frei, wie ich Bands in die Sendung einladen kann, kann ich auch mal über geopolitische Themen sprechen – das Geldexperiment des Wunders von Wörgl oder eben über den 11. September 2001 oder den Einsatz der Uranmunition im Irakkrieg. Das sei aber sehr schwere Kost zur *Prime Time*, zur Hauptsendezeit, sagte man mir dann – muss das denn sein?

Und muss es sein?
Ich sagte, ja, muss sein. Die Quoten sind ganz oben und die Jugend hört zu. Und dann ließ der Sender durchblicken: Es gibt Leute, die fragen inzwischen, was macht denn der Jebsen da? Das seien ja Nato-kritische Beiträge. Irgendwann gab es dann eine Kurznachricht auf mein Telefon, als ich gerade in der Schweiz war, um mit dem Historiker Daniele Ganser ein Interview zu den Nato-Geheimarmeen zu machen.

Dann kam Broder?
Den ich zu dem Zeitpunkt gar nicht kannte. Er war damals ein Kollege beim Schwestersender *Radio Eins*. Er hatte an meinen Sender geschrieben, ich müsse rausgeschmissen werden. Sonst würde er behaupten, ich sei ein Antisemit. Dazu habe er sogar irgendeine passende E-Mail von mir, mit der er das bestätigen wolle.

Hat er es geschafft, dass Sie rausgeschmissen werden?
Man rief mich an, dass die nächste vorproduzierte Sendung nicht mehr gesendet werde. Ich klagte mich ein, gewann alle arbeitsrechtlichen Prozesse, ging wieder auf Sendung. Danach hieß es dann, ich würde mich nicht an die Leitplanken halten.

Sie wurden abgeschaltet. Die Regierungszeitung *Tagesspiegel* fragte Sie damals: Herr Jebsen, haben Sie nun keine Angst, in Vergessenheit zu geraten?
Nein – das sagte ich auch damals schon. Denn ich habe ja kein Berufsverbot. Und ich glaube, ich bin heute bekannter als der *Tagesspiegel*. Das ärgert die. Vor der Gründung Ihrer eigenen Zeitung haben Sie ja auch nicht bei der *taz* angerufen, um zu fragen, ob Sie das machen dürfen. Sie sind ins Handeln gekommen und damit erfolgreich. Bei *KenFM* war es genauso. Ich habe auch nicht den *RBB* gefragt. Ich habe es getan.

Sie gelten mittlerweile als der erfolgreichste freie Journalist Deutschlands, wenn nicht gar Europas. Zuletzt aber wurde Ihr Kanal auf *YouTube* zensiert.
Auch da ging es wieder um Leitplanken, die es zuvor nicht gegeben hatte. Wenn die selbsternannten Guten in einem Bereich Scheiße bauen, dann darf man nicht darüber reden. Das trifft einen Edward Snowden genauso, oder auch Daniel Ellsberg mit seinen *Pentagon-Papers*. Wir befinden uns also in guter Gesellschaft, Herr Lenz, von daher machen wir Einiges richtig.

Zensur findet statt?
Ja. Die *canceln* ja auch die Kanäle von Professor Bhakdi. Oder von Dr. Wodarg. Und nun schmeißen sie sogar schon Musiker bei *Spotify* raus, weil die kritische Alben machen. Der Arsch muss denen ja dermaßen auf Grundeis gegangen sein. Wir können erkennen, dass die kapitalistischen Systeme, die wir hier, aber auch in Russland und China haben, den Planeten kaputtmachen. Das kann man nicht leugnen. Die fragen sich jetzt: Wie kommen wir raus aus der Nummer? Um an der Spitze bleiben zu können, müssen sie zu einer Krise kommen, in der sie das ganze System runterfahren. Um uns dann mit einem neuen Dogma zu beglücken. Ich würde also einem Bill Gates oder einem Klaus Schwab vom Davoser Konzerntreffen nicht unterstellen, dass sie komplette Idioten sind. Die haben sich was ausgedacht und jetzt soll es uns schmecken. Und wenn ich was anderes sage, wie zum Beispiel mit *KenFM*, werde ich abgestellt. Doch die können den Informationskrieg nicht gewinnen. Die Wahrheit wird sich letztlich durchsetzen. Es ist wie im letzten halben Jahr vor dem Zusammenbruch der DDR. Wer hat damals noch die offizielle Nachrichtensendung *Aktuelle Kamera* geguckt?

Ganz offenkundig sind die verzweifelt. Doch warum sind sie das?
Der Staat hat sein Informationsmonopol verloren. Und gemeinsam mit den großen *Playern*, *Big Tech* und *Big Pharma*, wird jetzt unter anderem dafür gesorgt, dass man, wenn man auf *Google-Youtube* Rita Süßmuth, Willy Wimmer und Daniele Ganser mit *KenFM* eingibt, gar kein Suchergebnis mehr bekommt. Diese kritischen Geister werden damit quasi aus der Öffentlichkeit gelöscht. Das hat man früher bei der russischen Tageszeitung *Prawda* auch so gemacht.

Stalin ließ unliebsam gewordene frühere Mitstreiter aus den Fotos der Staatszeitung retuschieren und fast alles ändern, was noch auf sie hindeutete. Hier geschieht das nicht.
Und da bin ich auch der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* sehr dankbar. Es ist wichtig, dass es noch den Print gibt! Was gedruckt ist, lässt sich nicht mehr löschen. Man kann sich dazu mal den Film »California Typewriter« anschauen; ich glaube, die nächste Revolution findet wieder an der Schreibmaschine statt. Aber auch im Internet werden sich wieder neue Räume öffnen, die sich nicht mehr maßregeln lassen. Und *YouTube* wird damit enden, womit es begann: mit Katzenvideos. Die Wahrheit wird sich nicht unterdrücken lassen, denn die Leute quatschen ja.

Zur Not auch durch Masken und über orwellsche Abstandsgebote hinweg!
Da wächst momentan in Leuten, die bislang sogar unpolitisch waren, sich am liebsten aus allem heraushalten wollten, ein entschlossener Widerstand. Der DDR-Bürger hat sich seine Demonstrationen von der SED nicht genehmigen lassen. Ich bin, was das alles angeht, guter Dinge. Das wird man auch am 24. Juli in Kassel und am 1. August in Berlin wieder sehen, denke ich.



Das eine ist der Versuch der ehemaligen Leitmedien, die Behauptung aufzustellen: unabhängige Medien – auf keinen Fall auch nur anfassen, ganz böse! Das andere ist der gewaltsame Versuch, etwa der Landesmedienanstalt MABB unter Eva Flecken, Zensur auszuüben.
Ich habe Leute interviewt, zum Beispiel Ärzte, deren Standpunkt wir wiedergeben. Denn wir Journalisten sind ja keine Virologen und sind auf verschiedene Expertisen angewiesen, um eine Auswägung zu ermöglichen. Und da habe ich eben gesagt, die eine Seite kennen wir schon, nun müssen wir die andere Seite hören.

Lenz: Genau dies bot ich im März 2020 der Tageszeitung *taz* an. Das bloße Angebot, die Professoren John Ioannidis, Sucharit Bhakdi und damals schon Dutzende Weitere der Regierungspropaganda

ENEN JA DERMASSEN GEGANGEN SEIN«

Der Journalist Ken Jebsen im DW-INTERVIEW.



KenFM.de wird demnächst zum Medienportal »Apolut«. Presseklub v.l.n.r.: Die Journalisten Lena Lampe (Redakteurin KenFM), Ken Jebsen, Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Doro Neidel in der Redaktion des Widerstandes. Foto: Steve Schramm Bearbeitung: Ute Feuerstacke

gegenüberzustellen, führte dazu, dass mir dort während des *Homeoffice*-Diktats gekündigt wurde.
Aber genau diese Experten müssten sogar bei Anne Will oder Maybrit Illner in aller Öffentlichkeit diskutieren können. Ladet die doch mal ein, war unser Standpunkt, dann wird es doch erst interessant. Aber das ist nicht passiert. Das Muster kennen wir. Journalisten aber, die sich nicht einmal für Julian Assange einsetzen, sind einfach nur beschämend.

Alles Verschwörungstheoretiker?
Die Watergate-Affäre. Die Iran-Contra-Affäre. Das waren Verschwörungen – oder etwa nicht? Das ist keine Theorie, die hat es wirklich gegeben. Und da sind wir nicht beim Glühbirnenkartell oder bei der Greyhound-Bus-Affäre, im Zuge derer das US-amerikanische Eisenbahnnetz mutwillig stillgelegt wurde. Für Verschwörungen gibt es mannigfaltige Beispiele.

Und die Verschwörungsleugner?
Sind wahnsinnig ungebildet. Wenn ich mir anschaue, wen ich so treffe von *3sat Kulturzeit*, *Spiegel*, *Tagesspiegel*, da ist es fast nicht fair, überhaupt mit denen zu diskutieren, denn die wissen oft gar nichts. Ich kann nur spotten: Von Traudl Jung' zu Tilo Jung ist es nur ein Katzensprung. Oder: Die Geister, die der Führer rief, war'n damals jung, heut' nur naiv. Ich kann dem *Correctiv* und all diesen Stellen nur noch mit Hohn und Spott begegnen. Der US-Geheimdienst NSA hört mittlerweile mehr Amerikaner als Russen ab. Da kann also etwas nicht stimmen. Dann beginnen Menschen wie der frühere NSA-Mann Edward Snowden zu zweifeln. Und steigen aus.

Nun gab es zuletzt den mutmaßlichen Einbruch der Hackergruppe Anonymous in Ihre Seiten.
Das war nicht Anonymous, sondern auch eine schlecht gemachte *False-Flag*-Aktion. Wir sind selbstverständlich auf so etwas vorbereitet und konnten alles schnell wiederherstellen. Das ärgert mich nicht mal.

Es wird am Ende nur miteinander gehen?
Global Player versuchen, Inhalte unsichtbar zu machen. Das hat schonmal jemand versucht. Mit anderen Mitteln. Und dabei ist dann die Résistance herausgekommen. Mit dem Widerstand war jemand wie der spätere weltbekannte Autor Stéphane Hessel am Start.

Ein Held der französischen Résistance gegen die Hitler-Besatzer, der später wegen seines unbestechlich demokratischen Geistes trotzdem kein Staatsamt in Frankreich bekam.
Aber es sind noch zwei wesentliche Bücher von ihm erschienen: »Empört Euch!« und, noch besser, »Engagiert Euch!«. Ein Buch für jeden, der in diesem merkwürdigen kapitalistischen System bemerkt, dass uns unser Leben abgekauft wird. Sie werden das bei Ihrer Arbeit mit dieser Wochenzeitung auch bemerken: Menschen beginnen, einen Sinn in ihrem Leben zu sehen, der das Angebot des Systems bei Weitem überragt. Das hat nämlich nur drauf, dass wir uns Waren kaufen sollen, die wir gar nicht haben wollen, um damit Leute zu beeindrucken, die wir eigentlich gar nicht mögen. Das hat nichts damit zu tun, ob man etwas schon 100 Jahre gemacht hat. Viele Leute, die in irgendeinem Bereich sehr erfolgreich geworden sind, waren Quereinsteiger.

Sie meinen die Behauptung der Bundespressekonferenz, dass nur ausgewählte Journalisten, die schon 20 Jahre im Kadersystem sind, berichten dürfen?
Ich zum Beispiel bin Musikredakteur. Ich habe nie eine Uni von innen gesehen. Ich habe aber immer gelesen. Ich bin nicht lizensiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung oder von der Tageszeitung junge Welt oder sonst wem. Die hätten mich auch nicht genommen, die haben mit ihrem Dünkel auf diesen Ausländer hinabgeblickt – mich. So habe ich eben mein eigenes Ding gemacht. Über die Methode Rock'n'Roll. Ich finde Künstler wie Jonathan Meese, Wolfgang Neuss und Joseph Beuys viel interessanter als deren Scheinintellektuelle. Und ich identifiziere mich viel mehr mit Thomas Sankara oder Sammy Davis Jr.

Enttäuscht von den alteingesessenen Linken?
Die sind ja mittlerweile die Steigbügelhalter des Faschismus; mit dieser Erfahrung verstehe ich erst 1933. Zuletzt sagte eine bündnisgrüne Bürgermeisterin, sie könne nicht an einer Gedenkfeier für den Überfall auf Russland teilnehmen, denn sie lasse sich nicht für den Frieden instrumentalisieren. Das ist ja eigentlich ein Witz, mit dem man Kabarettisten arbeitslos machen könnte.

Aber Lachen und Singen sind ja im Maskenregime verboten.
Was macht ein Volker Pispers, was macht *Die Anstalt*, was macht ein Udo Lindenberg, ein Smudo? Wir stellen fest: Das sind gar keine Künstler mehr. Das sind Leute, die vielleicht mal gut waren und dann satt geworden sind. Wir haben inzwischen das Problem, dass die Herrschaft Sonderlinge, die eine Gesellschaft voranbringen, mit Begriffen verfemt und sogar verfolgt. Daran beteiligen sich sogar Systemlinke und auch manche Ex-Künstler.

Die größten überzeitlichen Akademiker und Künstler stehen auf der Seite der Demokratiebewegung: Giorgio Agamben, Noam Chomsky, Naomi Klein, Eric Clapton. In Deutschland Jan Josef Liefers, Volker Bruch, Frank Castorf.

Ja, natürlich! Wir haben es in der zweiten Reihe aber mit einer Menge an Heinz Rühmanns zu tun. Der Staats- und Volksschauspieler drehte 1944 noch den Film »Die Feuerzangenbowle«. Grundbedingung der Nazis war, dass er sich von seiner jüdischen Frau trennt, was er auch tat. Als dann nach dem 8. Mai 1945 auf einmal alle beim Widerstand waren, blieb Rühmann Volksschauspieler. Marlene Dietrich war hingegen ausgestiegen, kam nach Kriegsende zurück und war total unbeliebt. Derjenige, der die Wahrheit ausspricht, ist eben nie beliebt.

Das Handbuch des Journalismus, aktuelle Auflage aus dem Jahr 2012, beginnt im Vorwort mit einer Lobeshymne auf die Aufklärung des Schweinegrippeskandals. Von der Viruspanik hatten sich 2009 zunächst die Mehrzahl der *Mainstream*-Journalisten täuschen lassen. Was raten Sie jungen Journalisten?
Jedenfalls sucht man nicht über die *Google*-Suchmaschine. Es gibt auch *Ecosia*, *DuckDuckGo* und so weiter. Und man liest erstmal echte unabhängige Quellen. Oder zumindest das, was unabhängige Journalisten bereits herausgearbeitet haben. Zum Beispiel in dieser gedruckten Wochenzeitung oder auch im Printmagazin *Free21*. Die Arbeit nimmt dem Konsumenten kein Vorkoster und kein *Correctiv* ab.

Was wollen Sie politisch?
Wir wollen demokratisch daran arbeiten: Wie sieht eine echte Bildungspolitik aus, Teilhabe, faire Energiepolitik? Wie können wir so leben, dass niemand auf dem Planeten mehr verhungern muss? Dafür müssen wir die Machtzentren ändern.

Wird sich die Demokratiebewegung durchsetzen?
Die Gegenspieler sind sehr mächtig. Ab sofort muss sich jeder demokratisch mit einbringen. Ich glaube fest daran, dass die Leute Lust dazu haben. Es gibt ja schon eine Demokratie-App. Das wäre ein Anfang, um Macht und Ressourcen gerecht zu verteilen. Denn derzeit wird alles durch künstlich erzeugten Mangel organisiert: Mangel an Geld, Mangel an Zeit, Mangel an Wissen. So funktioniert Kapitalismus.

Was ist das?
Kapitalismus ist im Grunde eine Mangelwirtschaft, in der ganz oben Leute sitzen, die uns wie Schafe zur Schlachtbank führen, weil wir es anders nicht verdient hätten. Dafür steht einer wie Gates, der es wagt, im deutschen Fernsehen zu verkünden: »Wir werden erst zur Normalität zurückkehren, wenn wir sieben Milliarden Menschen zwangsgeimpft haben.« Das ist Größenwahn. Damit ist die Unverletzlichkeit des eigenen Körpers nicht mehr gegeben. Und auch hier die Frage: Wer ist dieser Typ? Der hatte doch schon bei *Microsoft* Probleme mit Viren.

Ist der nicht ein ganz toller Experte?
Am Ende werden sich diese Leute hinstellen wie Erich Mielke 1989 und sagen: »Aber ich liebe euch doch alle.« Und deshalb gilt die gedankliche Reisefreiheit sofort, unverzüglich.

Herr Jebsen, wir danken für das Gespräch.

Das Gespräch führten Anselm Lenz, Casey Koneth, Hendrik Sodenkamp.

Warum müssen wir sterben?

Das Bundesamt für Statistik meint, letzte Wahrheiten gefunden zu haben. Es betreibt jedoch eine Desinformationskampagne. | Von Hendrik Sodenkamp

Wie viele Menschen sind ursächlich *»an«* und wie viele Menschen sind *»mit«* Corona verstorben? Diese Frage will nun das Bundesamt für Statistik (Destatis) beantwortet haben und veröffentlichte hierzu eine Pressemitteilung am 8. Juli 2021. Weil diese Zahlen bereits eifrige Verbreiter finden und in den kommenden Debatten zur ausgerufenen Pandemie viel Platz einnehmen werden, hier eine Analyse der Zahlen, der Methodik und ihrer Aussagekraft.

Das Bundesamt für Statistik arbeitet in der Datenerhebung anders als das Robert Koch-Institut und die Gesundheitsämter. Während diese sich auf die Meldungen nach dem Infektionsschutzgesetz berufen, beruhen die Zahlen von Destatis auf den Angaben in den Totenscheinen. Diese werden nach dem Tod eines jeden Menschen von einem Arzt ausgefüllt. Laut dem Bundesamt wurde hier im Jahr 2020 bei 36.291 verstorbenen Menschen Covid-19 als Erkrankung vermerkt. »In 30.136 Fällen war dies die Todesursache, in den anderen 6.155 Fällen war es eine Begleiterkrankung«, so Destatis. In Prozentzahlen bedeute dies, dass 83 Prozent der Fälle »an« Corona und 17 Prozent »mit« Corona verstorben seien. Diese Zahl widerspricht allem, was man bis dato von Pathologen hörte.

DIAGNOSEN OHNE OBDUKTION SIND WERTLOS

Vorab zur Einordnung: Insgesamt sind laut diesen ersten und vorläufigen Daten von Destatis im Jahre 2020 in Deutschland insgesamt 985.620 Menschen gestorben. Die »an« und »mit« Corona Verstorbenen machen demnach insgesamt einen Anteil von 3,7 Prozent aller Verstorbenen aus.

Todesbescheinigungen beziehungsweise Totenscheine sind schon seit Jahren in Deutschland als unzuverlässige Quelle bekannt. So fand der Rostocker Rechtsmediziner Dr. Fred Zack 2017 in einer Studie heraus, dass sich mindestens 90 Prozent aller Totenscheine schon beim bloßen Studieren und ohne eine Obduktion als fehlerhaft herausstellten. 10.000 Dokumente habe er demnach geprüft, wobei ihm nur 223 Urkunden als tadellos erschienen seien. »Es müssten mehr Obduktionen erfolgen, denn die Leichenschaudiagnosen (Totenscheine) werden in etwa 50 Prozent aller Fälle nach einer Sektion korrigiert. Deshalb ist die gegenwärtige amtliche Todesursachenstatistik in Deutschland (von Destatis), die lediglich auf Angaben der Todesbescheinigungen beruht, Augenwischerei.«

Dies liegt auch an der Form des Totenscheines selber, denn auf diesem soll nach Vorgaben der WHO eine Kausalkette niedergeschrieben werden, die schlussendlich zum Tod geführt hat. Im Totenschein-Formular steht als Ausfüllhilfe: »Direkt zum Tode führende Krankheit oder Zustand« und darunter »Vorangegangene Ursachen: Krankheitszustände, welche zu der oben geführten Ursache geführt haben, mit der ursprünglichen Ursache an letzter Stelle«. Dies ist für Destatis das »an« Corona verstorben. Zusätzlich gibt es im Formular ein Feld für »Andere wesentliche Krankheitszustände, die zum Tode beigetragen haben, ohne mit der Krankheit selbst oder mit dem krankheitsverursachenden Zustand in Zusammenhang zu stehen«. Diese Vorgaben der WHO sind mal wieder an Schwammigkeit nicht zu übertreffen. Denn in der Regel führt ja gerade die Kombination aus diesen anderen (vermeintlich unabhängigen) Krankheitszuständen und Covid-19 zum Tode. Doch eine solche zum Tode führende Kombination ist auf dem Totenschein nicht vorgesehen. Statt dessen werden die hier eingetragenen Erkrankungen von Destatis als »mit« diesen Krankheiten gewertet, während Covid-19 – oftmals der akute Auslöser – als alleinige Todesursache gewertet wird.

Konkret bedeutet das für den Totenschein, dass auch bei Verstorbenen, die einen multiplen und komplexen Krankheitszustand hatten, eine Kausalkette mit Covid-19 als mittelbare Todesursache aufgeführt wird. Ein Beispiel: Ein Mensch ist laut Totenschein an akutem Lungenversagen verstorben (direkt zum Tode führende Krankheit). Dies war die Folge einer Lungenentzündung (Krankheitszustand, der zum Lungenversagen geführt hatte), welche als »Grundleiden« Covid-19 hatte (die Lungenentzündung verursachend). Damit geht Covid-19 als Grundleiden in die Statistik ein – und der Mensch ist laut Destatis »an« Corona verstorben. Im Zusatzfeld des Totenscheines wird eingetragen, dass der Verstorbene auch noch Diabetes hatte (wesentlicher Krankheitszustand, der zum Tod beigetragen hat). Dieser »andere wesentliche Krankheitszustand« geht als »mit« in die Destatis-Rechnung ein.

SCHWERKRANKE WERDEN ZU CORONA-TOTEN UMDEFINIERT

Hier wird es problematisch, denn der Totenschein sagt in dieser Form nichts über den allgemeinen Gesundheitszustand und die Gewichtung der Krankheiten aus. Hier werden alle möglichen schwerkranken Menschen anhand eines akuten Auslösers zu Corona-Toten umdefiniert. Bleiben wir beim vorherigen Beispiel: Ein Diabetes-Kranker erleidet ein Nierenversagen und hat Durchblutungsstörungen. Die Person wird nun mit dem Verdacht auf einen Schlaganfall stationär behandelt. Dort infiziert sie sich mit dem Corona-Virus und entwickelt, geschwächt durch die Diabetes und den Schlaganfall, eine Lungenentzündung und stirbt daraufhin an akutem Lungenversagen. Für Destatis bedeutet das nun »an« Corona verstorben, weil das akute Lungenversagen durch Covid-19 hervorgerufen wurde — Diabetes ist schließlich kein Virusinfekt und der Arzt hat auf dem Totenschein die unmittelbare Todesursache auf den Virusinfekt zurückgeführt.

Den Totenschein kann man als Kausalkette aber auch so ausfüllen: Der Mensch ist an Cerebrale Ischämie (Hirntod) verstorben, ausgelöst durch ein Herz-Kreislaufversagen, dem als Grundleiden eine Lungenentzündung vorausging. Das ist ebenfalls korrekt und wird in der Praxis auch so gemacht, wie uns von praktizierenden Medizinern bestätigt wurde. Denn schlussendlich stirbt jeder Mensch an Hirntod, dem ein Herz-Kreislaufversagen vorangeht. Ob und an welcher Stelle der Arzt in der zum Tode führenden Kausalkette auch Covid-19 im Totenschein angibt, bleibt dem Mediziner überlassen. Laut praktizierenden Medizinern, lässt sich ohne eingehende Untersuchungen des Verstorbenen Covid-19 als Todesursache in den seltensten Fälle eindeutig bestimmen. Doch in den meisten Fällen werden solche Untersuchungen gar nicht vorgenommen – und dennoch wird im Totenschein Covid-19 in die Kausalkette eingetragen.

Bereits 2008 sollte im Bundestag eine Reform der Leichenschau und der Totenscheine stattfinden, was jedoch durch die Bundesländer verhindert wurde. Das Bundesamt für Statistik weiß, dass es mit einer vollkommen unzuverlässigen Datenbasis operiert. Das hält Destatis aber nicht davon ab, vollmundig zu verkünden, die Antwort auf das »an« oder »mit« Corona geklärt zu haben.

KEINE REGIERUNGSMEDIZIN, SONDERN GERICHTSMEDIZIN

Dass diese Zahlen nicht stimmen können, ergeben die Aussagen von Pathologen. So zitierte selbst das regierungstreue *ZDF* den Rechtsmediziner Benjamin Ondruschka mit seinem Ergebnis von 735 durchgeführten Obduktionen: »88 Prozent der Untersuchten hatten zwischen einer und vier Vorerkrankungen, am häufigsten drei. Nur in einem Prozent der Fälle wurden keine relevanten Vorerkrankungen gefunden.« In Deutschland allein wurden bislang schon über 1.000 Obduktionen durchgeführt. Es ist an der Zeit, dass diese systematisch ausgewertet werden.

Bei der Recherche zu diesem Thema sprachen wir mit Medizinern, die über Totenscheine als »harte Währung« nur lachen konnten. »Was letztlich als Todesursache betrachtet wird, liegt im Ermessen des Arztes, ebenso ob und wie Covid-19 im Totenschein auftaucht. Das ist im Grunde völlig willkürlich«, sagte einer von ihnen. Covid-19 sei wie eine Mode-Todesursache unter Ärzten, welche mitunter auch die Arbeit erleichtere, weil man komplexe Krankheitszustände damit auf dem Papier vereinfachen könne. Im Endeffekt könne man in dieser Form des Totenscheines den tatsächlichen Auslöser aber nur schwerlich bestimmen. »Lungenversagen als Todesursache infolge eines multiresistenten Keimes wird fast nie aufgeschrieben. Das ist bei Covid-19 plötzlich anders. Und das liegt am PCR-Test.«

POP



Die Hip-Hop-Crew Genetikk nimmt auch unter dem Corona-Regime kein Blatt vor den Mund.

MDNA STATT MRNA

Das Rap-Duo Genetikk trug schon immer Masken. Corona änderte daran nichts, aber trotz Maske zeigen sie Gesicht. Am 6. August 2021 erscheint ihr neues Album »MDNA«. Auf den drei zuvor ausgekoppelten Singles finden sich Zeilen, die sehr eindeutig als Anklage gegen die derzeit laufende Corona-Massenhypnose zu verstehen sind. Allerdings so raffiniert verpackt, dass sich politisch korrekte Gesinnungswächter schwertun, diese überhaupt zu verstehen, geschweige denn zu kritisieren. Hierzulande sind die beiden die einzigen MCs mit einer großen Reichweite, die sich lyrisch der neuen Normalität entgegenstellen. (nir)



Äon bei einem Live-Auftritt

SYSTEMKRITISCHER RAP IST WIEDER AUF DER BÜHNE!

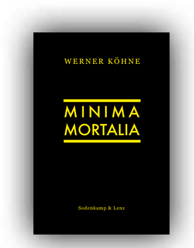
Bei »Stopp Ramstein 2021« feierte der systemkritische Rap sein *Comeback* auf der analogen Bühne. In dem Friedenscamp traten unter anderem die Rapper Äon und Kilez More auf. Für Letzteren wurde es in der digitalen Welt der *Streams* ziemlich eng (wir berichteten in Ausgabe 54). Umso wichtiger, dass systemkritische Musik nun wieder ohne Repressionen in der analogen Welt stattfinden kann. Äon ist vom 5. bis 8. August auf dem »One Spirit-Festival« in Freudenstadt erneut *live* zu sehen. Nicht nur auf seinem letzten Album »Horus« besticht der MC mit fulminanter Lyrik und einem hochatmosphärischen Klangbild. (nir)

DW-BESTSELLERLISTE

Rezensionsexemplare bitte schicken an
Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Vom Verlust der Freiheit. Klimakrise, Migrationskrise, Coronakrise
Unger, Raymond
Europa Verlage
ISBN: 978-3-95890-343-2



Minima Mortalia
Köhne, Werner
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-0-8



Taktiken der Entnetzung. Die Sehnsucht nach Stille im digitalen Zeitalter
Zurstiege, Guido
Suhrkamp
ISBN: 978-3-518-12745-2



Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit
Welzer, Harald
Fischer Taschenbuch Verlag
ISBN: 978-3-596-03552-6



Die Corona-Bilanz: Die Würde des Menschen ist unantastbar.
Höhler, Gertrud
Heyne Verlag
ISBN: 978-3-453-60590-9



Politische Köpfe im Porträt. Galerie der Systemkritik aus Journalismus, Wissenschaft und Politik
Gschwendtner, Björn (Hrsg)
Promedia Verlag
ISBN: 978-3-85371-482-9



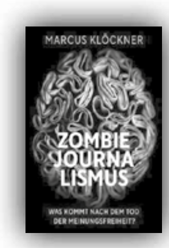
Die Macher hinter den Kulissen. Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern
Ploppa, Hermann
Nomen Verlag
ISBN: 978-3-939816-22-5



Die Propaganda-Matrix. Der Kampf um freie Medien entscheidet über unsere Zukunft
Meyen, Michael
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-020-4



Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist
Van Reybrouk, David
Wallstein Verlag
ISBN: 978-3-8353-1871-7



Zombie-Journalismus. Was kommt nach dem Tod der Meinungsfreiheit?
Klöckner, Marcus
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-022-8

WHAT THE FUCK HAPPENED TO OUR GEZ-GEBÜHREN?

Ein Podcast-Review | Von Jill Sandjaja

»Cui Bono: WTF happened to Ken Jebsen« ist eine sechsteilige Radio-Reihe über Ken Jebsen — ohne Ken Jebsen.

Die Koproduktion von Studio Bummens, *NDR*, *RBB* und K2H beschäftigt sich knappe sechs Stunden lang mit der Frage, wie der aufstrebende Radiomoderator Ken über die Jahre zu einem der einflussreichsten »Verschwörungsideologen« mutiert sei. Diese Fragestellung umreißt treffend, wie die GEZ-Zwangsgebühren heute eingesetzt werden: für medialen Sondermüll. Dem *RBB* hat es wohl nicht gereicht, seinen damaligen Mitarbeiter nach einer haltlosen Beschuldigung des Antisemitismus zu feuern (der Vorwurf des Antisemitismus wurde vom Sender widerlegt, gefeuert wurde der Moderator trotzdem) — mit der Figur Ken Jebsen lassen sich noch weitere Pseudo-Skandale basteln. Äußerst spannend ist Folge 5: Nach monatelangen Recherchen der selbst ernannten Investigativjournalistin Pascale Müller wollen die Öffentlich-Rechtlichen aufgedeckt haben, dass Jebsen einfach nur ein nützlicher Idiot für den russischen Geheimdienst sei. — WTF? Insgesamt wird viel herumgeschwurbelt über den Erfolg von Verschwörungstheorien, die Verbreitung von *Fake News* und das *Deplatforming* von Rechtspopulisten. Tatsächlich werden keine Worte über Jebsens wahren Beweggründe und seinen Einsatz für die Demokratiebewegung verloren. Fazit: Dieser *Podcast* ist ein typischer Missbrauch unserer GEZ-Gebühren. Immerhin haben es die Macher unfreiwillig geschafft, Ken Jebsen ein Denkmal zu setzen — wenigstens etwas!

Eine echte Antifaschistin, kein Schmierlappentheater

Am 10. Juli 2021 verstarb die deutsche jüdische Holocaustüberlebende Esther Bejarano (geborene Loewy), die sich zeitlebens gegen Faschismus und Judenfeindlichkeit starkgemacht hatte. Sie mahnte mit den Worten: »Ihr habt keine Schuld an dieser Zeit. Aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts über diese Zeit wissen wollt. Ihr müsst alles wissen, was damals geschah. Und warum es geschah.« Sie ließ sich nicht für staatstragende Propaganda oder die Ausbeutung des Antisemitismus-Begriffs instrumentalisieren. Sie wurde 96 Jahre alt. (ber)



Die Musikerin Bejarano
Foto: Commons

SPORT MIT BERTHOLD

EINLADUNG NACH BERLIN

Torhüter Pickford war für mich die Schwachstelle in der englischen Mannschaft, hielt dann aber den letzten Elfmeter. Da hätte er noch zum Held werden können. Aber die Auswahl der letzten drei Spieler war ein grober Fehler des englischen Trainers.

Vermutlich haben sich ein paar andere gedrückt. Rashford und Sancho standen gerade einmal zwei Minuten auf dem Platz und waren nicht auf Betriebstemperatur. Dann musste auch noch der 19-jährige Saka den allerletzten Elfer für England schießen — der Druck war einfach zu groß für ihn. Vielleicht hat auch im Unterbewusstsein die englische Historie im Elfmeterschießen die aktuelle Mannschaft zu stark beschäftigt. Glückwunsch an die Italiener! Zum 1. August 2021 lade ich nun alle englischen, italienischen, französischen, österreichischen und Schweizer Fans nach Berlin ein. Vier Wochen EM, aber kein *Superspreader*. Was in den Fußballstadien vorgelebt wurde, kann ja auch bei uns stattfinden. Deutschland steht doch für Toleranz und Vielfalt — Berlin wird sich bestimmt freuen auf Multikulti.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

VOR DEM SKLAVEN, WENN ER DIE KETTE BRICHT, VOR DEM FREIEN MENSCHEN ERZITTERT NICHT.
FRIEDRICH SCHILLER

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 55. Ausgabe ab Samstag, 17. Juli 2021. | Redaktionsschluss war am 15. Juli, 7:45 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 56 erscheint am 31. Juli 2021.